

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 12. Februar 1930
12. Jahrgang, Nummer 36

Preis: In Deutschland mit Ausnahme der Bonn- und Belgien-Verträge: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3,00 Mk. Auslandspreis: Die gedruckte Wochenschrift oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Vereinsmitgliedsbeiträge 6 Pf., Wochenschrift: Die dreifache Wochenschrift oder deren Raum im Text 10 Pf. — Inhalt der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Pf.; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Haupt-Expedition: Breslau 10, Kreuzberg Str. 50, Tel. 540 30.
Wohlfahrts-Expedition: Breslau 544, W.-b.-Kreuzberg, Kreuzberg Str. 50, Tel. 239 02. **Verlag:** der Redaktion: von 12-14, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. **Filial-Expeditionen:** **Wettlin:** Oberstr. 26, Tel. 4088; **Oppeln:** Waldstr. 11, Tel. 1264; **Wrocław:** Lunik 6, Tel. 2384. **Verlagsstellen:** 8-10 Uhr, **Verlagsbüro:** Hauptverlagsort Breslau, Erscheinungsort Breslau. — **Verlag:** G. G. Verlagsgesellschaft, m. b. H., Bresl. — **Druck:** „Neubau“, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 50

Aufruf der Komintern und der Roten Gewerkschafts-Internationale Kampftag gegen Weltarbeitslosigkeit

An alle Arbeiter und Erwerbslosen in Stadt und Land!
Alle revolutionären Gewerkschaften, Gewerkschaftsoppositionen
und revolutionären Betriebsräte!

Genossen!

Die Weltarbeitslosigkeit wächst ins Ungeheure! Die Arme der Erwerbslosen und Kurzarbeiter vergrößert sich in den kapitalistischen Ländern täglich. Die kapitalistische Gesellschaft ist nicht gewillt und ist unfähig, für die Opfer ihres profitgierigen Systems zu sorgen. Elend, Hunger und Kälte haben die Millionenmassen der Arbeitslosen betroffen. Breiten Teilen der noch in den Betrieben lebenden Arbeitern droht das gleiche Schicksal. Daher sind in den letzten Wochen mit immer wachsender Kraft und größerer Wucht die Arbeitslosen zusammen mit den Betriebsarbeitern zum Widerstand und zum Kampf gegen die Bourgeoisie angetreten.

Demonstrationen und Hungermärsche in allen kapitalistischen Ländern Europas zeigen die Kampfkraft der Arbeiter und die gemeinsame proletarische Solidarität der Arbeiter und der Arbeitslosen.

Die kommunistischen Parteien, die roten Gewerkschaften und die revolutionären Gewerkschaftsoppositionen stehen in allen Ländern an der Spitze dieses Kampfes.

Der internationale Kampf gegen die Erwerbslosigkeit ist zu einer der wichtigsten politischen Aufgaben des proletarischen Klassenkampfes geworden. Die Konferenz Europäischer kommunistischer Parteien am 2. Februar in Düsseldorf hat die Durchführung dieses Kampfes und die

Vorbereitung eines internationalen Kampftages am 6. März gegen die Erwerbslosigkeit

Beschlossen.
Die kapitalistische Rationalisierung war schon bisher von einer verstärkten Ausbeutung der Arbeiterklasse, chronischer Arbeitslosigkeit und allgemeiner Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse begleitet. Die heranwachsende Wirtschaftskrise verstärkt die Konkurrenz zwischen den Betrieben, die zur weiteren Konzentrierung der Produktion und Schließung weniger rentabler Betriebe führt, um anderen Betrieben hohe Dividenden zu sichern. Große Arbeitermassen werden für immer aus der Produktion verdrängt, auf die Höhe der in den Betrieben verbleibenden Arbeiter wird der Angriff durchgeführt. Neue Steuern werden eingeführt, die Lenkung steigt, die soziale Fürsorge wird abgebaut. Es geht eine allgemeine Senkung der Lebenshaltung der gesamten Arbeiterklasse vor sich.
Die Sozialfaschisten, sowohl in den Ländern, wo sie in der Regierung sitzen, wie auch in den Ländern, wo sie sich in „Opposition“ befinden, sind für die kapitalistische Rationalisierung und gegen den Kampf der Massen für die Verbesserung ihrer Lebenshaltung.
Nur eine Partei — die Weltpartei des Kommunismus — steht an der Spitze des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse und gegen die Weltrevolution und damit zugleich gegen das ganze kapitalistische System der Ausbeutung und Unterdrückung. Die Radikalisierung der werktätigen Massen, ihr Wille zum Angriff und zum Kampf gegen die Bourgeoisie wächst.
Große Klassenkämpfe in allen Ländern zeugen von dem Heranziehen einer neuen revolutionären Welle.
Die Arbeiterklasse ist in diesen Kämpfen unter der Führung der kommunistischen Parteien stärker und organisiert geworden. Deshalb werden die Ausnahme-gesetze gegen die Kommunisten erlassen, deshalb werden die Verbote der kommunistischen Parteien und die Unterdrückung der roten Gewerkschaften vorbereitet und schon durchgeführt.
Aber man kann den Kampf gegen den Kapitalismus mit keinem Ausnahme-gesetz, mit keinem Verbot und keinem Belagerungszustand oder den Methoden der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten verhindern.
Die Konferenz von Vertretern der Europäischen kommunistischen Parteien und Roten Gewerkschaften ruft die Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder Europas dazu auf, am 6. März dieses Jahres einen internationalen Kampftag gegen die Weltarbeitslosigkeit durchzuführen.
Dieser Kampftag muß ein gemeinsamer Kampftag der Arbeitslosen und der Arbeitenden zur Mobilisierung für folgende internationale Forderungen sein:

Gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen die Entlassungen!
Für den Siebenstundentag!

Erwerbslosenunterstützung für alle erwerbslosen Arbeiter und Arbeiterinnen für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit in voller Lohnhöhe!

Voller Lohn für alle Kurzarbeiter!

Diese Forderungen müssen in jedem Lande und jedem Orte ergänzt werden durch die konkreten Forderungen des betreffenden Gebietes und mit Berücksichtigung aller Arbeiterschichten, besonders der Frauen und Jugendlichen, der Angestellten und der Landarbeiter.

Der Kampf der Erwerbslosen für ihre Forderungen muß aufs

engste verbunden werden mit allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen der ganzen Arbeiterklasse, mit dem Kampf um die Straße, gegen den Belagerungszustand, gegen das Verbot der kommunistischen Parteien und der revolutionären Gewerkschaften und gegen die Vorbereitung des imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Arbeiter, Genossen!
Organisiert die Einheit der revolutionären Aktionen der Arbeitslosen und der Arbeitenden!
Schafft Organisationen der Arbeitslosen!
Kämpft gegen die Weltarbeitslosigkeit und die Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse!
Bereitet euch vor zum internationalen Kampftag am 6. März!

Düsseldorf, den 2. Februar 1930.

Das Westeuropäische Büro der Kommunistischen Internationale, Das Europäische Sekretariat der Roten Gewerkschafts-Internationale, Die Vertretungen der kommunistischen Parteien Deutschlands, Frankreichs, der Tschechoslowakei, Polens, Englands, der Balkan-Föderation, Österreichs, Hollands, Belgiens und der kommunistischen Jugendinternationale.

Proletarier-Diktatur zerreißt Young-Pakt Debatte über die Young-Gesetze im Reichstag

Berlin, 12. Februar. Im Reichstag wurde gestern die Debatte zur ersten Lesung der Young-Gesetze begonnen. Sie wurde eingeleitet durch eine Rede des Reichsaußenministers Curtius. Im Namen der sozialfaschistischen Koalitionsregierung begründete er die Vorlage. Aus seiner Rede ging hervor, daß alle Regierungsmitglieder, besonders die sozialdemokratischen, sich vollkommen darüber klar sind, welche ungeheuren neuen Belastungen der werktätigen Bevölkerung Deutschlands auferlegt werden, und daß sie entschlossen sind, im Auftrag der Regierung, durch Anwendung der faschistischen Diktatur den Versailler Vertrag durchzuführen. Die kommunistische Reichstagsfraktion nahm die Gelegenheit wahr, um erneut von der Tribüne des Reichstages den proletarischen Massen die Bedeutung des Reparationsplans der imperialistischen Mächte aufzuzeigen.
In einer umfassenden, grundsätzlichen Rede stellte der Genosse Ernst Thälmann die Feinde der deutschen Arbeiterklasse, die das Proletariat auf Jahrzehnte hinaus an das in- und ausländische Kapital verkaufen möchten, an den Pranger. Ernst Thälmann zeigte den Weg, der allein herausführt aus der imperialistischen Sklaverei, aus dem Chaos der untergehenden kapitalistischen Welt. Das revolutionäre Proletariat der kapitalistischen Länder wird

im Bündnis mit der Sowjetunion den imperialistischen Young-Pakt zerreißen. Die Stimme der kommunistischen Partei wird in die Betriebe und Schächte dringen, die Millionenmassen der Erwerbslosen aufkütteln, sie wird die Arbeiterklasse anfeuern, den russischen Bolschewiken nachzusehen, die die Sklavenverträge ihrer Ausbeuter nach der Aufrichtung der proletarischen Diktatur nicht anders behandelten, als Fetzen wertlosen Papiers. Rücksichtslos und scharf zerschlug der Genosse Thälmann die Demagogie der Nationalfaschisten im Lager Hugenberg und Hitler, die in Wirklichkeit ebenso wie die Sozialfaschisten entschlossen sind, als Gerichtsvollzieher des Dollarkapitalismus das werktätige Deutschland bis zum Weißbrot auszuplündern.

Wir werden morgen ausführlich über die Young-Debatte im Reichstag und die Rede unseres Genossen Thälmann berichten.

In den Tagen, wo im Parlament die Verfassungsverträge beraten werden, deren Schicksal nicht abhängig ist von parlamentarischen Entscheidungen, sondern die vom Trübsal diktiert sind und schon praktisch durchgesetzt werden, muß die Arbeiterklasse ihre Energien im Kampfe gegen die Young-Offenstve verzeichnen. Mit verstärkter Kraft heran an die Organisation des revolutionären proletarischen Befreiungskampfes!

Wer kann Betriebsratskandidat sein?

Nur der, der sich für die Durchsetzung der Forderungen des Kampfprogramms einsetzt — Ein Beschluß der Breslauer Straßenbahner

Breslau, 12. Februar.

Für gestern Abend luden die revolutionären Betriebsräte der Breslauer Straßenbahn (technische Abteilung) die mit der Opposition sympathisierenden Kollegen zu einer Besprechung ein. Der Kollege G. hielt ein Referat über die bevorstehende Privatisierung der Straßenbahn und zeigte die Notwendigkeit auf, unter Führung der Opposition den Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung zu organisieren. Der ehemalige Kommunist Straßhotta verurteilte die Richtigkeit des Zusammengehens mit sozialfaschistischen Funktionären nachzuweisen. Er hatte jedoch kein Glück. Die Kollegen nahmen einstimmig bei einigen Stimmhaltungen folgende Entschlieung an:

„Die versammelten Kollegen der Straßenbahn solidarifizieren sich mit dem Kampfprogramm der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Sie sind der Auffassung, daß nur solche Kollegen als Kandidaten zur Betriebsratswahl aufgestellt werden können, die sich für die Durchsetzung der im Kampfprogramm angeführten Forderungen einsetzen wollen.“

Das Kampfprogramm der Gewerkschaftsopposition wurde bei der Breslauer Straßenbahn von einer gewählten Kommission ausgearbeitet, die sich aus kommunistischen und parteilosen Kollegen zusammensetzte. Das Programm enthält u. a. folgende Forderungen:

Für die Wiederherstellung und Sicherung der Arbeiterdemokratie im Betriebe und Gewerkschaft.

Für die Organisierung eines entschlossenen Kampfes für die Erhöhung der Löhne, Sicherung des achtstündigen Maximalarbeitstages, für größeren Schutz für Arbeiterinnen und Jugendliche.

Gegen Koalitionspolitik, gegen das Schlichtungswesen, für Streikfreiheit.

Gegen die Spaltungs- und Ausschlußpolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie.

Für die Zerreißung des Young-Planes.

Für eine Reihe von Forderungen betrieblicher Natur, die im Programm einzeln angegeben sind.

In allen Betrieben, wo es noch nicht geschehen ist, muß sofort ein Kampfprogramm aufgestellt und ein Wahlaustritt durchgeführt werden. Jugendarbeiterinnen mit den sozialfaschistischen und christlichen Funktionären darf es nicht mehr geben. Als Kandidaten dürfen nur solche Kollegen aufgestellt werden, die sich mit dem Kampfprogramm der Opposition solidarifizieren. Die Entscheidung über Aufstellung der Kandidaten fällt die Delegierten nach einer eingehenden Aussprache über das aufgestellte Kampfprogramm. — Das ist die Linie, auf der die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in den Betrieben mit aller Energie vorzugehen muß.

„Berliner Polizei haust wie Kojaten!“

Stürmische Debatten in der Frankfurter SPD. — „Unsere Zeitungen bringen Zug und Trug“ — Rebellion gegen die sozialdemokratische Hunger- und Blutpolitik

Frankfurt am Main, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische „Frankfurter Arbeiterzeitung“ bringt heute einen aufsehenerregenden Bericht über die am 6. Februar durchgeführte Mitgliederversammlung der SPD. in der der bekannte Professor Sinzheimer erklärte, daß die Berliner Polizei in den ersten Monaten 1929 wie die Kojaten gehaust hätten. Er schloß mit den Worten: „Unsere SPD-Zeitungen bringen Meldungen, die Zug und Trug sind.“ Die Empörung der Mitgliedschaft über den reaktionären Kurs der Führung entlud sich in heftigen Ausbrüchen und Reden gegen die Politik der SPD.

Wir entnehmen dem Bericht unseres Frankfurter Bruders folgende Ausführungen, die Prof. Sinzheimer in seiner Diskussionsrede machte:

Bei uns in der Polizei hat man einen direkten Polizeijournalismus. Man denkt, wenn man über den Polizeiparagrafen verurteilt wird, so besitze man eine Machtposition. Diese Machtposition wird im Interesse der Bourgeoisie benutzt. Diese Machtposition des Polizeiparagrafen haben wir in den blutigen Mordtagen an der Arbeit gesehen. Man hat es nicht gewagt, in der Presse einen wahrheitsgemäßen Bericht zu bringen. Die kommunistische Partei befand sich in den Mordtagen in derselben Lage wie die Sozialdemokratie 1910.

In Berlin hat die Polizei am 1. Mai wie die Kojaten gehaust. (Großer Beifall.)

Der größte Teil der Opfer fiel nach dem 1. Mai. Dreißig Menschen, darunter Frauen und Kinder, mußten ihr Leben lassen. Ich habe an Genossen Heilmann eine Denkschrift wegen der Mai-Ereignisse geschrieben und Untersuchung gefordert. Bis heute warte ich noch auf Antwort. (Empörte Zurufe.)

Das neue Republiksschutzgesetz wurde nur aus Kurzsichtigkeit (!?) von unseren Genossen geschaffen; denn so manch tapferen Genossen wird man noch auf Grund des Gesetzes vor das Gericht bringen.

Man hat dem Panzerkreuzerbau mit der Begründung zugestimmt, daß die Kosten für denselben durch einen vorhandenen Ueberfluß schon gedeckt seien. Keine neuen Belastungen wären notwendig. Und nun haben wir ein Defizit, das durch neue Belastungen für die Arbeiterschaft ausgeglichen werden soll.

Unsere Zeitungen bringen Meldungen, die Zug und Trug sind.

Wenn es so weitergeht, dann wird mit der Zeit die Partei vollständig kleinbürgerlich-reaktionär. (Großer Beifall.)

Von den Diskussionsrednern, die nach Sinzheimer sprachen, führte Schmidt aus:

„Mit der ganzen Koalitionspolitik haben wir nichts Positives erreicht! Das Verbot am 1. Mai war nicht stichhaltig. Die Steuererlässe Hilsbergs waren für die Reichs ein guter Happen. Erleichterungen für die Kapitalisten einerseits, neue Belastungen andererseits für die Arbeiter.“

Der Diskussionsredner Jakobson erklärte:

„Was besteht die „positive“ Koalitionspolitik? Sie besteht darin, daß man dem Republiksschutzgesetz zustimmt, daß man das Erwerbslosenversicherungsgesetz geschaffen hat, daß man Panzerkreuzer baut, daß man die Teno ausgebaut hat usw. Es ist hier berichtet worden, daß auf Veranlassung der Gewerkschaften das

Verbot am 1. Mai ausgeführt wurde. Ist das eine Handlungswelt von Sozialisten?“

Der „linke“ sozialistische Führer Fortune mußte angesichts dieser Stimmung der Arbeitermitglieder zu ziemlich rabulaisken Worten greifen. Schließlich ließ er eine

Protestresolution gegen das Republiksschutzgesetz und das Steuerprogramm der SPD. annehmen.

Die Frankfurter SPD-Versammlung ist ein Gradmesser für die Stimmung in der SPD. Auch in Köln fand am 9. Februar eine stürmische Parteiversammlung der SPD. statt. Die Arbeitselemente in der SPD., die noch nicht reaktionslos der sozialistischen Politik verfallen sind, rebellieren. Aus ihrer Rebellion muß die Erkenntnis von dem konterrevolutionären Charakter der ganzen SPD. herauswachsen, eine Erkenntnis, die, gefördert von den revolutionären Klassenmassen, alle ephemer SPD.-Arbeiter zum Eintritt in die kommunistische Partei bringen wird.

Belegschaftsdemonstration trotz Belagerungszustand

Düsseldorf, 11. Februar. (Eigenbericht.) Anschließend an eine Belegschaftsversammlung der Zeche de Wendel, die von etwa 3000 Bergarbeitern besucht war, formierte sich eine Demonstration, die unter den revolutionären Losungen des Kampfes gegen den Belagerungszustand, Polizeiterror und gegen das drohende Verbot der KPD. durchgeführt wurde.

Die Belegschaft hat in der Versammlung eine Entschlüsselung angenommen, in der sie sich verpflichtete, gegen die Masseneinstellungen den Kampf für die Siebenhunderttausend durchzuführen. Einmütig stellte sich die Gesamtbelegschaft hinter die Beschlüsse des letzten Oppositionskongresses.

Massenzwangversteigerungen bei Kleinbauern

Das Notariat Waldemöhe (Sinterpfaß) hat für den 18. März d. J. eine Zwangsversteigerung ungewöhnlichen Umfangs ausgeschrieben. Nicht weniger als 82 landwirtschaftliche Grundstücke, Acker und Wiesen neben umfangreichen Wirtschaftsanwesenheiten sollen versteigert werden.

Diese Meldung zeigt blühartig die katastrophale Notlage der Kleinbauern. Während die Regierung der Hermann Müller immer neue Kieselnummern in die Taschen der Großagrarier und Junker stecken läßt, holt man den armen Bauern durch die Finanzämter die letzte Kuh aus dem Stall. Die Kleinbauern müssen erkennen, daß sie nicht getrennt von der Arbeiterschaft und nicht gegen die Arbeiterschaft ihr Ziel, Befreiung aus aller Not, erreichen können, sondern nur im engsten Bündnis mit dem revolutionären Proletariat. Die Bauernkonferenz in Würzburg hat den Anstoß gegeben zu einer engeren Zusammenfassung der europäischen Kleinbauern. Ein europäischer Bauernkongreß soll Mitte März in Berlin stattfinden (das genaue Datum steht noch nicht fest). Zu diesem Kongreß müssen auch in allen Gegenden die Kleinbauern rüsten und ihre Delegierten schicken.

Der erste französische Zug mit Radioanlage. Am 8. Februar wurde auf der Strecke Paris-Rouen der erste mit Radioanlage ausgestattete Zug abgefahren.

100000 M. auf den Kopf Karls- und Kojas

Industriebarone bezahlten die gedungenen Mörder mit Wissen und Willen der SPD. — Selbst die Staatsanwaltschaft muß Jorns fallen lassen

Das Urteil, das die Arbeiterschaft schon längst über Jorns, den kleinen Handlanger der Edenhotel-Mörder und ihrer sozialdemokratischen Auftraggeber gefällt hat, dieses Urteil mußte gestern sogar im Gerichtssaal von der Staatsanwaltschaft bestätigt werden. So vollkommen war der Beweis für die Vertuschung, Verdunkelung, für die Beihilfe der Mörder durch Jorns und seine Hintermänner erbracht worden, daß die Staatsanwaltschaft nicht einmal einen Strafantrag gegen den von Jorns verurteilten Redakteur stellen konnte. Aber Jorns, der dadurch selbst mit dem Brandmal der bürgerlichen Klassenjustiz gezeichnet wurde, er mußte geopfert werden, um von der Schuld der Sozialdemokratie, die den Jorns vorstellte, deren Verbrechen tausendmal schwerer wiegt, als die ihres Werkzeuges, abzulasten.

Die Verhandlung beginnt mit der Verteidigungsrede Löwenheims als Vertreter Jorns. Vergeblich versucht er das erdrückende Beweismaterial gegen Jorns zu entkräften.

„Ich nahm“, so führt er aus, „im Jahre 1919 an einer von 100 Industrieller teil, wo 100 000 Mark für die Unschädlichmachung und Ermordung von Spartakisten ausgezahlt wurden. Der Kreis dieser Leute, die Geld gegeben haben, würde ins Unendliche gehen.“ (!)

Er nannte zwar nicht die Namen Karls und Kojas, auf deren Kopf 100 000 Mark von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie ausgezahlt wurden. Aber niemand anderes konnte gemeint sein. Hat doch der Prozeß selbst den Beweis erbracht, daß Canaris, heute 1. Offizier des Schlachtfeldes „Derfflinger“, in einem einzigen Fall 5000 Mark zur Bewerkstelligung der Flucht des Mörders Kunge ausgezahlt hat. Wurde doch auch in diesem Prozeß der klare Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie die Mörder anpörrte und sie nach vollbrachter Tat deckte.

Der Staatsanwalt ergriff das Wort: „Die Staatsanwaltschaft hat keine Verneinung eingelegt. Sie hat dadurch ihre Einstellung bekanntgegeben. Die Verurteilungsverhandlung hat das erste Urteil (Zuspruch von Jorns). Die

Redaktion.) nicht erschüttern können. Ich habe keine Veranlassung, ein neues Urteil gegen den Angeklagten zu beantragen. Nach seinen Worten springt Justizrat Könenstein auf:

„Die heutige Regierung, die selbst einmal belästigt mit dem Norden war, sucht heute einen Sündenbock, den sie in die Wüste schicken kann. Wer steht denn hinter Pabst? Betretenes Schweigen, das eine deutliche Sprache spricht. Der Prozeß wurde auf Donnerstag 10 Uhr vertagt. Jorns und Kornstein werden dann noch einmal zu Wort kommen.“

Die „Internationale“ in der Nazi-Versammlung

Icheoer Arbeiter rechnen mit den Hitler-Buben ab — Schupo und Hafenkreuzler gemeinsam gegen Arbeiter

Hamburg, 11. Februar. (Eig. Drahtbericht.) Montag Abend fand in Icheo eine Versammlung der Nationalsozialisten statt, in der der Berliner Naziführer Engel sprach. Obwohl das Thema: „Hungermarsch oder Freiheitskampf“ lautete, ging er in seinen Ausführungen überhaupt nicht auf dieses ein.

Die Erwerbslosen, die zahlreich in der Versammlung vertreten waren, gaben in stürmischen Zwischenrufen ihrer Meinung Ausdruck. In der Diskussion rechnete der ehemalige Nationalsozialist Schmidt und der Genosse Ulrich gründlich mit der Demagogie der Nazis ab. Die schicksalhaften Kollisionsmomente und die Versammlungsleitung wagten nach Ablauf der Diskussionszeit nicht, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Nach dem üblichen Schlußwort stimmten die Kom-

munisten die „Internationale“ an und brachten ein Hoch aus auf die kommunistische Partei und den verbotenen Roten Frontkämpfer-Bund.

Nachdem die Arbeiter zum größten Teil den Saal verlassen hatten, wurden die letzten von den feigen Nazis plötzlich hinterhältig überfallen. Aber diese „Helden“ haben die proletarische Faust zu spüren bekommen. Die Polizei, die bald im Saal erschien, nahm natürlich nicht die Nationalsozialisten fest, sondern schlug mit ihnen gemeinsam auf die Arbeiter ein. Die Saaleinrichtung ging dabei in Trümmer. Bei den Zusammenstößen wurde eine Reihe von Arbeitern schwer verletzt. Eine Anzahl von Arbeitern wurde festgenommen.

Weddings Erwerbslose solidarisch mit den streikenden Chauffeuren

In einer am Montag, dem 10. Februar, stattgefundenen Erwerbslosenversammlung des Bezirks Wedding wurde folgende Resolution angenommen:

Die heutige Erwerbslosenversammlung des Weddings bezeugt die entschlossene Haltung der Berliner Tagelohnchauffeure, die den von den Unternehmern geplanten Lohnabbau mit Arbeitsniederlegung beantwortet haben. Die Versammlung gelobt, jede Arbeitsvermittlungsausschüsse Stempelstellen nach den geprüften Verfahren zu verhindern. Die Erwerbslosen des Weddings fordern die Verkehrsarbeiter auf, die geplanten Massenentlassungen und den Lohnabbau der Berliner Verkehrs-AG. durch den Streik zu verhindern.

Berliner Verkehrsarbeiter, kämpft für den Siebenhunderttag bei vollem Lohnausgleich. Verhindert durch euren Kampf eine weitere Steigerung der Erwerbslosigkeit. Sorgt dafür, daß durch den Siebenhunderttag die Erwerbslosen wieder in den Betrieb kommen.

Zum 8. März, dem Kampftag gegen die Erwerbslosigkeit, werden die versammelten Erwerbslosen und die Betriebsräte in nachfolgenden Demonstrationen zum gemeinsamen Kampf für ausreichende Unterstützung, für Wiedereinstellung in den Produktionsprozeß, für den Siebenhunderttag und Lohnserhöhung, gegen den Polizeiterror und Belagerungszustand, zum Sturz der sozialdemokratischen Hungerregierung, zur Verteidigung der Sowjetunion, für ein Sowjetdeutschland eintreten.

Bürgerkriegsvorbereitungen der Düsseldorf Polizei — Stachelbraut um die Kaserne — Alle Frauen und Kinder der Polizeibeamten aus der Kaserne ausquartiert

Düsseldorf, 10. Februar. (Eigener Bericht.) Unser Bruderblatt, die Düsseldorf „Freiheit“, macht alarmierende Mitteilungen über die systematischen Vorbereitungen der Polizei zum Bürgerkrieg.

Für die dortige Schupo ist ein ganzer Eisenbahnwagen mit Stahlhelmen eingetroffen.

Diese Stahlhelme ergänzen die Kampfausrüstung der Schupo, die bereits bei ihrem letzten Auftritte stets mit Karabinern ausgerüstet und die mit Maschinengewehren, Handgranaten, Panzerwagen und sonstigen Waffen des modernen Krieges ausgerüstet ist.

Der Düsseldorf Polizeipräsident Langels, ein Zentrumsmann, hat ferner die Bestimmung getroffen, daß sämtliche

Frauen und Kinder der Schupooffiziere aus der Schupo-Kaserne ausquartiert werden müssen. Um die Mauer der Schupo-Kaserne wurde harter Stacheldraht gezogen, und die Polizei haust jetzt in der Kaserne streng isoliert von der Außenwelt wie in einer Festung.

Vor einigen Tagen fand eine Besprechung der Polizeipräsidenten von Rheinland-Westfalen in Hamm statt. Dort wurde eine Reihe von Maßnahmen zur Einziehung der Polizei gegen die Arbeiterschaft beschlossen. Der Transport der Stahlhelme ist offenbar die erste Auswirkung der bei der Besprechung gefaßten Beschlüsse.

Severing und seine Schupooffiziere wollen auch in Zukunft mit blauen Hosen, Handgranaten und Maschinengewehren den Hunger der Erwerbslosen stillen.

Die Arbeiterschaft sieht den Bürgerkriegsvorbereitungen der Polizei nicht tatenlos zu. Durch Organisierung des breiten Massentampfes in den Betrieben geht sie daran, den sozialistischen Terror zu brechen!

Weltimperialismus und Pfaffenentum im Bunde gegen die Sowjetmacht

Genosse Rykow über Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion

Moskau, 11. Februar. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) In einer Rede auf dem Kongress der Gesellschaft zur Förderung des Verteidigungswesens, der Luftfahrt und der Chemischen Industrie der Sowjetunion berührte Rykow auch die neue Antisowjet-Kampagne der ausländischen, besonders der englischen Presse anlässlich angeblicher religiöser Verfolgungen in der Sowjetunion. Rykow führte aus:

Während nach der englischen Gesetzgebung Kezerei, Gotteslästerung und Atheismus auch jetzt noch strafrechtlich verfolgt werden, was sogar vor kurzem im Parlament erörtert wurde, gewährleistet die Sowjetgesetzgebung völlige Glaubensfreiheit, und in der Sowjetunion kann von irgendwelchen Verfolgungen wegen dieses oder jenes religiösen Bekenntnisses keine Rede sein. Obwohl in der Sowjetunion atheistische Grundzüge vorherrschen, wird kein einziger Geistlicher wegen Verletzung religiöser Amtshandlungen einer Verfolgung ausgesetzt.

Alle Kirchen von Verfolgungen Geistlicher werden ausschließlich zum Zwecke der Verfestigung der Hege gegen die Sowjetunion verbreitet. Von wachsender Feindseligkeit zeugt der jüngste Freispruch der Wehrpflichtigen durch ein französisches und der Tschernomorsker durch ein deutsches Gericht. Diese wachsende Feindseligkeit ist kein Zufall und deutet auf Versuche hin, die öffentliche Meinung auf einen neuen Krieg gegen die Sowjetunion vorzubereiten.

England begrüßt den „heiligen“ Kreuzzug

London, 11. Februar. Die „Morning Post“ bemerkt zur päpstlichen Wandbulla gegen die Sowjetunion:

„Die Verfolgten und alle Christen überhaupt werden hoch erfreut darüber sein, daß der Papst in die Protestbewegung gegen die russischen Greuel mit eingetreten ist. Der Papst hat politisches Vorgehen von Seiten der Mächte verlangt, und verlangt noch einmal solches Vorgehen. Die Mächte sollen die religiöse Freiheit zur Bedingung machen, bevor sie Rußland anerkennen. Wir werden uns in diesem Falle nicht belagern, wenn der Erzbischof von Canterbury dem Rufe Roms folgt.“

Gleichzeitig veröffentlicht das Blatt folgendes Interview mit einem englischen Kleriker: „Die Ankündigung des Papstes hat die Christenheit und die Zivilisation zu Dank verpflichtet. Sein Hinweis hat mit derselben Klarheit und mit dem gleichen Mut gesprochen, den Kardinal Erzbischof Bourne zur Zeit des Generalstreikes an den Tag legte. Wir würden uns gestreut haben, wenn wir diese Klarheit und diesen Mut auch in gewissen anderen Kreisen erlebt hätten, wo wir sie mit Recht erwarten durften. Ich hoffe nur, daß im Laufe dieser Woche unsere eigene Kirche im gleichen Sinne hervortreten wird.“

Russischer Priester gegen die katholische Kirche

Moskau, 11. Februar. Die Presse bringt folgende Erklärung des katholischen Priesters Rutenis an das Zentralexekutivkomitee Usbekistans:

„Über 20 Jahr hindurch war ich katholischer Priester der Gemeinde Tashkent; zuerst als Vikar, sodann als Prior. Die jüngsten historischen Geschehnisse, die die Welt von Grund auf erschütterten, haben viele zum Nachdenken gezwungen. Sie haben auch mich berührt und mich veranlaßt, eine gewisse innere Revision und Umwertung vorzunehmen. Nachdem ich mich näher über die Maßnahmen und Ziele der Sowjetmacht unterrichtet habe, bin ich zum Schluß gelangt, daß ich nicht Geistlicher sein darf, daß ich dieses Amt niederlegen muß, wenn ich nicht willens bin, gegen die Maßnahmen der Sowjetmacht und die Interessen der Werktätigen zu wirken. Nach gründlicher und allseitiger Prüfung

aller Argumente „für“ und „gegen“ diesen Schritt, habe ich meinen Beschluß durchgeführt trotz meines langjährigen Dienstes, trotz meiner eifrigeren Eingabe an diese Sache und trotz des materiellen Wohlstandes, der mir sowohl seitens der Gemeinde als auch des Auslandes (von Vertretern des Papstes Petrowits Charbin) gestiftet war. Hier ein Resümee der Gründe und Anlässe meines Entschlusses:

Erstens bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß die Religion lediglich eine Anhängerin der besitzenden Klassen und niemals Beschützerin der Unterdrückten war.

Zweitens hemmt die Religion die Entwicklung der Kultur und des Fortschritts.

Drittens widerspricht die Religion der Wissenschaft.

Der Soldat schießt auf seinen General

Paris, 11. Februar. Auf den französischen Oberkommandierenden von Süd-Marokko, General Marquis, wurde durch einen eingeborenen Soldaten ein Attentat verübt. Der General befand sich auf einer Inspektionsreise. Zu seinem Schutze war die Straße von eingeborenen und französischen Truppen stark bewacht. Als das Auto des Generals vor einer eingeborenen Wachabteilung vorüberfuhr, schoß einer der Soldaten zwei Schüsse ab, die den General nur um Haarsbreite verfehlten. Die übrigen Eingeborenen zürten keinen Finger, um den Attentäter zurückzuhalten.

Daß selbst die zum besonderen Schutze des Oberkommandierenden ausgesuchten Wachtruppen in französisch-Marokko meutern, beweist die Unüberwindlichkeit der Gegensätze zwischen der Bevölkerung der Kolonialgebiete und ihren imperialistischen Unterdrückern.

Rüstet zum 6. März!

Erwerbslosensturm in Amerika

New York, 11. Februar. In Pontiac (Michigan), einem der Zentren der amerikanischen Automobilindustrie, sind zwei Drittel der 30 000 dort lebenden Betriebsarbeiter arbeitslos. Der auf Initiative der „Liga für Gewerkschaftseinheit“ gebildete Erwerbslosenausschuß entfaltet eine rege Tätigkeit. Elf Funktionäre der Automobilarbeitergewerkschaft und des Erwerbslosenausschusses sind wegen Aufreizung zur Gewalttätigkeit unter Anklage gestellt worden. Das Gericht verlangt eine Kaution von 10 000 Dollar für die Freilassung der verhafteten Genossen. Nach den in Michigan gültigen Gesetzen droht den Angeklagten eine Gefängnisstrafe bis zu 30 Jahren.

In Cleveland werden 80 000 Arbeitslose gequält. Unter der Führung der kommunistischen Partei demonstrierten 5000 Arbeitslose vor dem Rathaus, wo sie Arbeit oder Brot verlangten. Es kam zu heftigen Zusammenstößen mit der gegen die Arbeitslosen eingesetzten Polizei. Der auf das Betreiben der „Liga für Gewerkschaftseinheit“ gewählte Erwerbslosenausschuß bereitet den internationalen Kampftag gegen die Arbeitslosigkeit vor.

Mertens sind in meiner Gemeinde fast ausschließlich ganz alte Leute verblieben und es wäre nutzlos, sie zu überzeugen zu versuchen, daß die Religion sich überlebt hat.

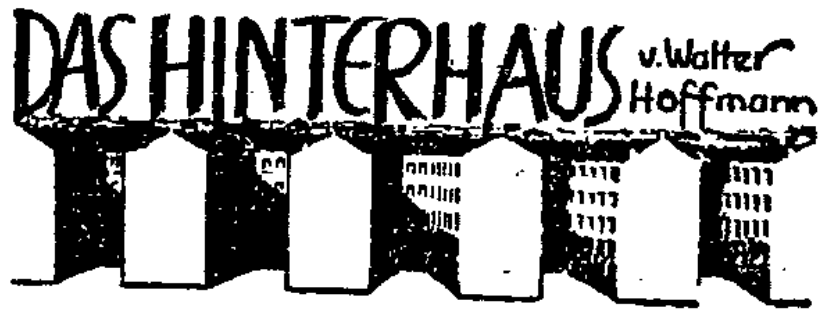
Höchstens möge mein Schritt der noch verbliebenen geringen Gruppe meiner Gemeinde beweisen, daß ich von der völligen Unhaltbarkeit der Religion überzeugt bin. Möge mein Rücktritt meinen ehemaligen Kollegen im Priesteramt als Beispiel dienen. Ich fordere sie hierdurch auf, das Lager der Gegner der Sowjetmacht zu verlassen und in die Reihen ihrer ehrlichen Bürger einzutreten. Von dem Wunsche befeuert, für die werktätigen Massen zu arbeiten und mit der Vergangenheit endlich zu brechen, erlaube ich das Zentralexekutivkomitee Usbekistans, mich in die Staatsbürgerschaft der Sowjetunion aufzunehmen.“

Arbeiter brauchen keine Kirchen

Moskau, 11. Februar. Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion aus Charlow wurden auf Initiative der Arbeiter und Bauern in der Ukraine von Oktober 1929 bis Februar 1930 202 Kirchen und Bethäuser verschiedener Konfessionen geschlossen. In fünf Jahren — bis Oktober 1929 — sind insgesamt 884 Kirchen und Bethäuser geschlossen worden; in den ehemaligen Kirchenräumen sind 128 Dorfschulen, 60 Schulen, ferner Klubs und Kulturinstitute untergebracht.

Meuterei auf niederländisch-indischen Kriegsschiffen

Batavia, 11. Februar. In einer Denkschrift, die die Personalpolitik bei der Kolonialmarine behandelt, gibt die niederländisch-indische Regierung bekannt, daß sich kürzlich an Bord des Unterseebootes K XIII und eines Torpedobootjägers Sabotageakte und Meuterei ereignet hätten. Während auf dem Torpedobootjäger die Urheber bisher nicht festgestellt werden konnten, wurden auf der K XIII mehrere eingeborene Matrosen als der Tat dringend verdächtig in Haft genommen. Die Regierung räumt in der Denkschrift in Verantwortung einer Anstange ferner ein, daß im „Marinestützpunkt“ in Surabaya mehrere Meuterei-Brände vorgekommen seien. Auch hier handelt es sich um Sabotageakte.



14. Fortsetzung

Es waren viel, viel Schläge bis zum fünfundzwanzigsten und alle im Zimmer grinsten.

Nur ein Offizier nicht. Paul Maibeder konnte nicht mehr Rede und Antwort stehen. Sie hatten ihm das Becken zertrümmert. Er wird zeitlebens ein Krüppel bleiben und an Krüden gehen müssen.

Zehn Tage hatten Kapp und Lütwitz mit Bajonetten und Handgranaten regiert. Zehn Nächte sind ihre Horden durch die dunklen Straßen Berkins gezogen und haben „Ruhe“ und „Ordnung“ aufrecht erhalten.

Dann verschwanden sie plötzlich. Eines Nachts verschwanden sie mit all ihrem Anhang. Waffen, Autos und Pferde. Sie mußten fliehen, sie konnten nicht regieren.

Die bewaffnete Macht konnte sich nicht halten. Wie kann man regieren, wenn es keinen Menschen gibt, der in die Fabriken geht und Werte schafft. Wie kann man ohne Brot und Wasser und Licht und Wärme regieren?

Das geht nicht. Die Republik war gerettet. Die Kappisten wählten sich das Halentzeug vom Stahlhelm und wurden wieder Regierungssoldaten, und als die Arbeiter nicht ruhig wurden, schossen sie eben als Regierungssoldaten. In der Selchow- und Hadenbergstraße kann man nicht vor- und rückwärts.

Menschen über Menschen. Und auch die Welters- und Kronprinzenstraße ist voll. Kopf an Kopf und Schulter an Schulter stehen sie und können sich nicht rühren und rücken. Und über ihnen sind Fahnen. Blutige Fahnen, über die ein Trauerflor weht.

Die ungeheure Masse steht stumm und wartet. Ihre Gesichter sind hart und blicken, so gut es geht, in eine Richtung

zum Schulhof. Zum Schulhof, auf welchem man gerade die siebzehn Kameraden aufbahrt.

Und dann wird es plötzlich vollkommen still und die Mühen verschwinden von den Köpfen.

Siebzehn schwarze Särgen werden von kräftigen Arbeiterhäften durch die Masse getragen.

Siebzehn schwarze Särgen.

Die ungeheure Masse gerät in Bewegung und formiert sich. Ein ungeheurer Zug marschiert hinter den Särgen. Mit harten Gesichtern und entblößten Häuptern. In der ersten Reihe marschiert Frau Rau mit ihren Kindern. Sie hält mit der linken Hand ein Kind und stützt sich mit der rechten auf Rudolf. Dabei blicken ihre Augen starr auf das holprige Kopfpflaster und hinter ihr geben die anderen Frauen und Mütter mit harten oder verweinten Gesichtern. Dann erst kommen die Kameraden.

Aber die sind zu Zehntausenden aufmarschiert, und sie marschieren in Reihen, die die ganze Straßenseite einnehmen. Ueber ihren Häuptern wehen weit und traurig die roten Fahnen.

Sie haben nicht weit zu gehen, aber überall, wohin die Flut ihres Zuges kommt, reißt sie die Menschen mit.

Am Ende der Hellwegstraße ist der Friedhof. Ein kleiner Vorstadtfriedhof.

Da hinauf tragen sie die siebzehn schwarzen Särgen.

Tausende Menschen stehen zwischen den Gräbern und auf den schmalen Wegen dicht gedrängt und sehen stumm, wie siebzehn der ihren langsam in die Erde gelassen werden. Tausende lauschen gebannt auf die Stimme des alten Pietad, die einfach und klar zu ihnen spricht.

Und dann gehen sie durch die Straßen zurück, still und es ist, als warten sie auf etwas.

Da erschallt plötzlich eine Stimme. Alle heben den Kopf. Darauf haben sie gewartet.

Ein Lied. Sie formieren sich wieder. Ihre harten Schritte lassen die Straße erdröhnen. Kopf hoch.

„Die Fäuste geballt.“ „Es kommt der Tag, da wir uns rächen, dann werden wir die Richter sein.“

Siebzehn Mann sind nicht umsonst gefallen.

Wenn Rudolf im Morgengrauen zum Bahnhof trottete, sah er regelmäßig in irgendeiner Straße ein altes Weib. Sie trug einen Sack auf dem Rücken und sammelte Stämme. Sie konnte nicht mehr schlafen, die Alte, der Hunger jagte sie hoch.

Es war keine Großmutter.

Am Vormittag kamen die Straßenfeger und legten alles zusammen. Und die Müllberge erhielten keine frische Zufuhr. Da mußte sie ganz früh die schmutzigen Straßen absuchen. Es war eine elende Arbeit. Die Lumpenhändler zahlten jetzt einen so niedrigen Preis, daß es sich nicht mehr lohnte. Aber die Alte wußte wirklich nicht, wie sie anders ihren quälenden Hunger besiegen sollte und wenn ihre dürren Hände vom frühen Morgen bis zum Abend im Rinnslein herumwühlten, dann hatte sie wenigstens trockenes Brot.

Rudolf wurde es unbehaglich, wenn er sie zerlumpt und grau durch die Straßen schleichen sah. Sie sah furchtbar aus, wenn sie sich aufrichtete und den Passanten ihr Bleiches, knochiges Gesicht entgegenhielt.

„Ich habe Hunger“, stand brutal und nackt darauf geschrieben, und „Hilf mir, gebt mir etwas zu essen.“

Nicht, daß sich Rudolf ihrer schämte, aber die Alte erschreckte ihn, und sein armes Leben gab ihm so wenig Freude.

Er war noch so blutjung und gläubig.

Als dann Ende April mit einemmal die Witterung wieder umschlug und ein tagelanger kalter Regen fiel, verschwand die Alte von der Straße.

Jeden Morgen suchte er mit den Augen aufmerksam die Straßen ab, aber der sich bläuhende graue Schatten war verschwunden.

„Sie ist krank“, sagte seine Mutter mit gepreßter Stimme. Die Mutter hatte eine Aufwartestelle angenommen, und wenn sie abends milde und abgearbeitet nach Hause kam, sah sie selbst wie ein altes abgehärmtes Weib aus.

Rudolf erschrak und machte sich irgendwie Gewissensbisse. Er hätte ihr beim „Schalen“ mehr helfen müssen oder er hätte ihr die guten Stellen sagen müssen, wo es Meissen gab.

Am Sonntag schlich er sich wie ein Dieb in ihre kahle Kammer. Hier Stod im Hinterhaus. Wie oft mag sie sich hier heraufgequält haben.

Rund um den Erdball

Neue Arbeiterinnenmorde in Wien

Immer neue Vergiftungen in der Gummifabrik in Wiener-Neustadt
Aber die menschenmordende Profitquecksche läuft weiter!

Am Montag abend sind in Wiener-Neustadt neuerlich 12 Personen unter schweren Benzolvergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht worden. Die Entlieferung erfolgte auf Veranlassung des Arztes, der nunmehr die Gummifabrik des Dr. Hörnes ständig überwacht. Die Krankheits Symptome sind bei allen Erkrankten besorgniserregend.

Zur Zeit, da diese 12 Personen ins Krankenhaus gebracht wurden, bewegte sich der Leichenzug der zuletzt verstorbenen Arbeiterin Hilda Cissa auf den Friedhof. Am Leichenbegängnis nahmen über 3000 Personen teil, und eine ungeheure Menschenmenge bildete auf dem ganzen Wege Spalier.

Am Dienstag vormittag findet in der Gummifabrik ein gerichtlicher Lokaltersitz statt.

anderen leicht brennbaren Materialien standen in kurzer Zeit in Flammen und versperrten den 200 Angestellten des Betriebes den Weg ins Freie. Trotz der beträchtlichen Höhe blieb nichts anderes übrig, als die Rettung mit dem Sprungtuch zu versuchen. Die meisten überstanden den Sprung in die Tiefe, wenn auch nicht immer heil, so doch mit geringfügigen Verletzungen. Ein junges Mädchen stürzte jedoch so unglücklich ins Sprungtuch, daß sie einen tödlichen Schädelbruch davontrug. Diejenigen, die den Entschluß zu dem Sprung nicht aufbringen konnten, waren eine Zeitlang in einer schrecklichen Lage, da die pneumatischen Leitern der Feuerwehr zu solchen Höhen nicht hinaufreichten. Sie hingen verzweifelt an den Fensterbänken des brennenden Gebäudes, bis die Feuerwehr mit Seileitern einen Abstieg hergestellte hatte, über den sie in Sicherheit gebracht wurden.

Aufregender Fabrikbrand in Chicago

In einer Kissen- und Matratzenfabrik in Chicago, deren Betrieb im siebenten und achten Stockwerk eines Geschäftsgebäudes untergebracht war, brach ein Brand in den Lagerräumen aus. Die Vorräte an zum Füllen benutzten Kapot und

Feuer in einem Altersheim

Das städtische Altersheim in Brockton (Massachusetts) ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Das Feuer war in der Waschküche des Heims ausgebrochen. Es wurden bereits vier Tote geborgen, man vermutet jedoch, daß von den hundert Insassen noch viele unter den Trümmern liegen. In den Krankenhäusern sind bisher fünfzehn Verletzte untergebracht worden.



Die mexikanische Provokation gegen die Sowjetunion

Die mexikanische Regierung hat, wie bereits berichtet, den bisherigen Gesandten der Sowjetregierung in Mexiko, Makar, mit seiner Frau in der Hafenstadt Veracruz in dem Augenblick festnehmen lassen, als er nach Europa zurückreisen wollte. Der Gesandte wurde einer körperlichen Durchsuchung unterzogen, auch die diplomatischen Siegel seines Gepäcks wurden erbrochen, und der Inhalt der Koffer durchsucht. Ebenso wurde in der russischen Gesandtschaft in der Landeshauptstadt eine Haussuchung vorgenommen. Makar wurde erst nach einigen Stunden wieder freigelassen.

Unser Bild zeigt den Genossen Makar mit seiner Frau.

Explosion in der Redaktion des Popolo di Trieste

Die römischen Blätter berichten ausführlich über eine Explosion in der Redaktion des jachitischen Blattes Popolo di Trieste in Triest, die auf ein Attentat (?) zurückzuführen ist. Auf einem Treppenaufgang im Verlagsgebäude war eine Höllenmaschine angebracht worden, die in dem Augenblick explodierte, als der Lokalredakteur und ein Angestellter die Redaktion verließen. Wie bereits berichtet, sind insgesamt vier Personen schwer verwundet worden. Ueber Motive und Urheber der Tat konnte noch nichts ermittelt werden.

Drei Schwerverletzte bei einem Hauseinsturz

Infolge der ständigen Regengüsse stürzte in der nächsten Nähe von Florenz ein Haus ein. Die Bewohner, eine Frau mit einem Sohn und einer Tochter, wurden schwer verletzt aus den Trümmern herausgeholt.

Eine „Königin“ bittet um Arbeit

„Miss England“, die englische Schönheitskönigin von 1923, ist vor einigen Monaten bei einem Ladendiebstahl abgefaßt worden. Sie wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und muß demnächst entlassen werden. Nun erscheint im „Daily Express“ folgender bemerkenswerter Brief des Vaters dieser gefallenen Schönheitskönigin Maud:

„Ich bitte das verehrte Publikum, meiner Tochter die Möglichkeit zu geben, wieder in die bürgerliche Welt einzutreten. Nicht meine Tochter ist für den Diebstahl verantwortlich, für den sie büßen muß, sondern diejenigen Leute, die ohne Ueberlegung sie als die Schönste unter 50 000 jungen Mädchen ausgewählt und ihr den Kopf verdreht haben. Maud ist ein gutes und braves Mädchen, das ein neues Leben beginnen will. Ich glaube an den Ernst ihrer Absicht, und sie selbst hat ihn bewiesen. Sie hat im Gefängnis Hunderte von Briefen von reichen und vornehmen Männern erhalten, welche ihr die Ehe antrugen. Aber Maud will nichts vom Heiraten hören. Sie wird sich selbst durchschlagen und zu diesem Zweck ein Schneidergeschäft eröffnen.“

Wenn das nicht zieht, dann hilft gar nichts mehr. Die Hunderte von Heiratsbewerbern werden sicherlich alle Anzüge dort bestücken und die „Königin“ der Modezeje wird sicherlich so wenig Kumpeln zu gehen brauchen, wie die arbeitslosen gekrönten Könige!

Im Gefängnis verhungert

Unter dieser Ueberschrift brachte die bürgerliche Presse eine dürre Notiz.

Zwei wohlhabende Bauern aus Alsheim in Rheinhessen trafen an einem kalten, regnerischen Abend eine alte Hausiererin, die eben im Begriff war, in einer Lagerhalle unterzukriechen, um Unterschlupf vor dem Regen zu finden. Die beiden Menschenfreunde brachten die alte, gebrechliche Frau, nachdem sie sie kurzerhand „verhafteten“, in das Ortsgefängnis und sperrten sie dort ein. Dann aber dachte keiner der beiden mehr an die alte Frau, die seit eine Woche lang in dem unfreundlichen, kalten Arrestlokal ohne Speise und Trank blieb. Als sie endlich entdeckt wurde, war das alte Mütterchen so von Kräften gekommen und von Kälte erkrankt, daß sie bald im Krankenhaus starb.

Die beiden reichen Bauern erhielten für ihre Herzlosigkeit und Vergeßlichkeit nur vier und sechs Monate Gefängnis. Die Anklage lautete auf Freiheitsberaubung und Amtsanmaßung, merkwürdigerweise nicht auf Körperverletzung mit Todeserfolg. Soweit der Lagerhelfer, wie er auch in den bürgerlichen Zeitungen geschildert wurde.

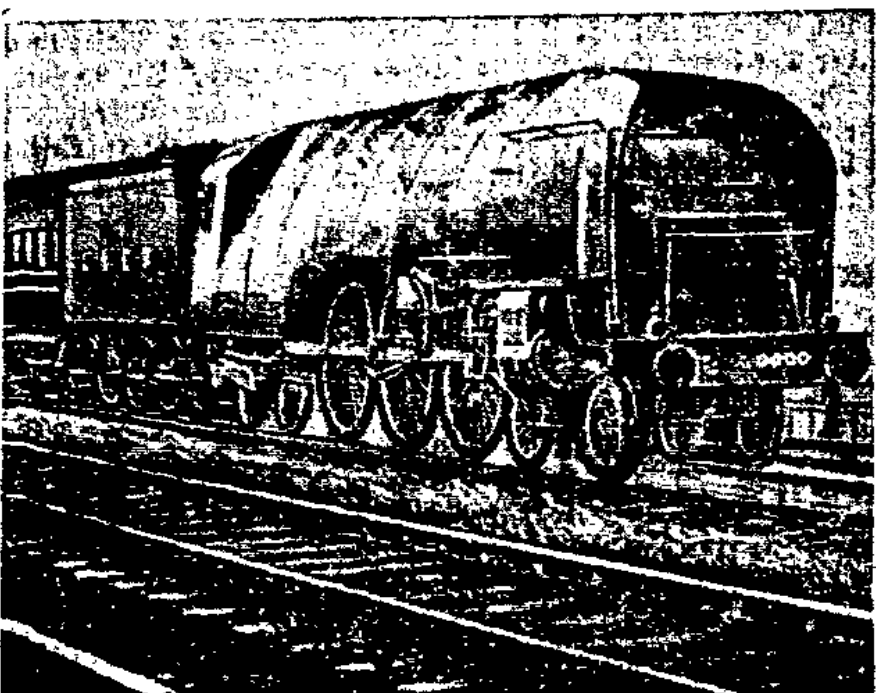
Dieser obige Fall ist wohl nicht der einzige in unserem demokratischen Staat. Er ist auch typisch dafür und kennzeichnet die Zustände einer Klasse, die sich nicht gegenseitig die Augen auskratzt.

Wie kommt es, müssen wir fragen, daß zwei Großbauern sich anmaßen können, eine alte Frau, die durch Not auf die Straße gezwungen wird, kurzerhand zu „verhaften“? Die Antwort auf diese Frage ist bald gegeben. Nur durch das herrschende System in Deutschland können es solche Herren wagen, sich als Willkürherrscher aufzuspielen.

Nicht ins Gefängnis gehört solch altes Mütterchen, sondern in ein Heim, wo mit Liebe und Sorgfalt für ihren alten Körper gesorgt wird. Ist es nicht ungeheuerlich, daß man sie statt dessen auf die Straße zwingt?

Vier bis sechs Jahre Gefängnis ist viel zu wenig für solchen Akt roher Vergewaltigung. Wie mehr sollten es solche Herren wagen, solche Rohheitsakte zu verüben. Durch dieses mißbare Urteil wird wohl niemand zurückgeschreckt, im Gegenteil ermuntert, solche gefühllose Tat weiter zu verüben.

Doch bis nicht die Sowjetmacht in Deutschland errichtet worden ist, ist es eine Utopie, von genügender Altersfürsorge zu sprechen, zu denken, daß sich solche Fälle nicht mehr ereignen werden. Nur die Sowjetherrschaft wird hinwegfegen solches Geschmeiß, wird Schluß machen mit der Willkürherrschaft der jetzt noch herrschenden Klasse und für die alten und gebrechlichen Proletarier so sorgen, daß sie nicht hungern und nicht frieren.

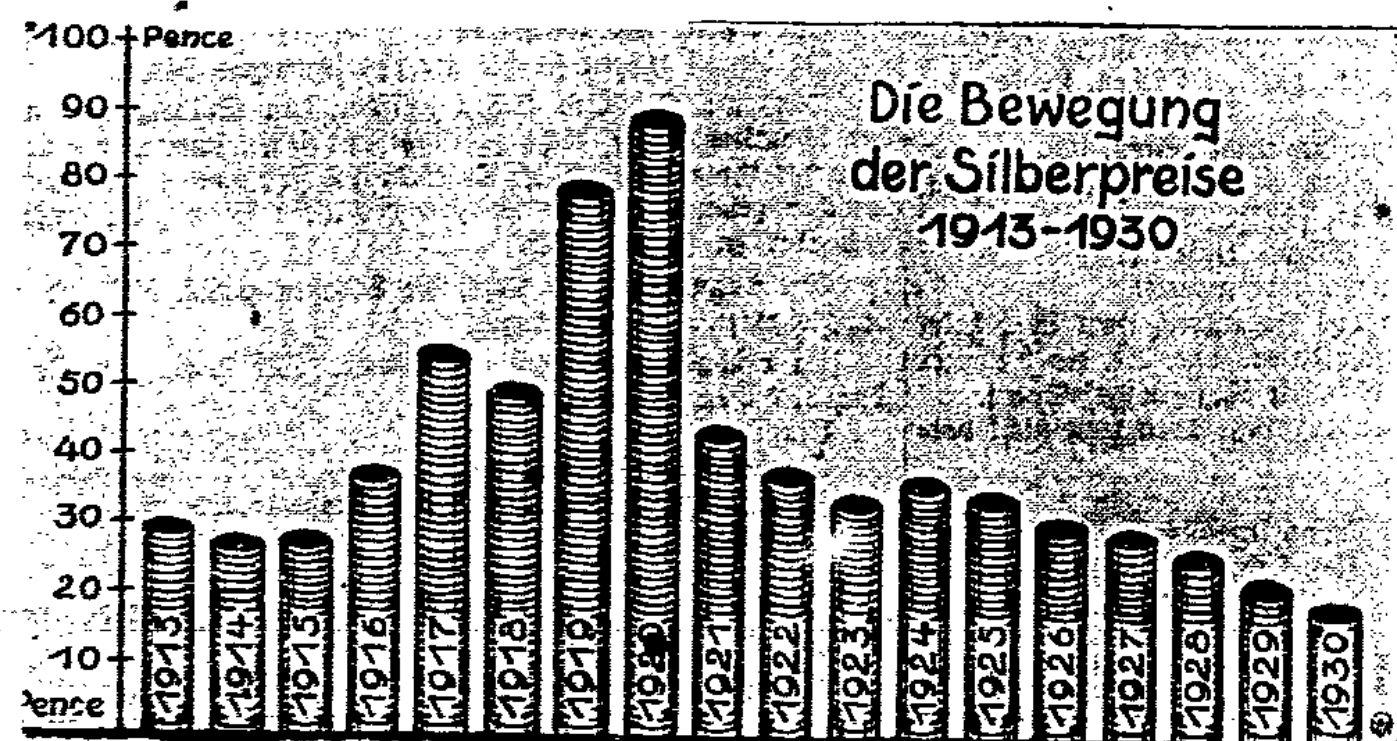


Neue englische Lokomotive verunglückt

In der Gegend von Glasgow ist die neueste englische Schnellzuglokomotive, die nach einem neuartigen System gebaut ist und erst vor acht Tagen an die Eisenbahngesellschaft geliefert wurde, verunglückt. Ein Zylinder der Lokomotive explodierte, wobei der Lokomotivführer und der Heizer schwer verletzt wurden. Die Lokomotive ist die schwerste und längste D-Zuglokomotive Englands. Sie fällt besonders dadurch auf, daß an ihr kein Schornstein mehr zu sehen ist. Er liegt vielmehr zwischen den Stahlplatten der Konstruktion. Dadurch wird bewirkt, daß der aufsteigende Rauch, der bisher die Sicht des Lokomotivführers verhinderte, seitlich abgelenkt wird.

Sensationsprozeß in Lüneburg

Mit einem einzigartigen Fall hat sich das Schwurgericht in Lüneburg zu befassen. Nach dreijähriger Voruntersuchung und zehn Jahre nach Begehung der Tat kommt ein Wort zur Aburteilung, der an einem argentinischen Staatsangehörigen Ragnes in Buenos Aires begangen worden ist. Der Seemannasmus Azeisen hatte sich mit einem gewissen Straach in dem Laden des Trödlers Ragnes befunden, als Straach mit einer Eisenstange ihn erschlug. Azeisen war dann zusammen mit B. wegen Mordes angeklagt und in Buenos Aires zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden. Die Strafe sollten sie auf den Feuerlandsinseln verbüßen, wohin sie an Händen und Füßen gefesselt transportiert wurden. Zusammen mit andern Sträflingen gelang es ihnen, sich der Fesseln zu entledigen, und Azeisen fuhr auf einem Dampfer „Paraguay“ als blinder Passagier nach Deutschland. Dabei stahl er einem Matrosen die Papiere, die auf den Namen Seidler lauteten. Er lebte als Seidler in Deutschland, bis er mit dem Strafgefangenen Konflikt kam, wobei sich sein wirklicher Name herausstellte. Drei Jahre schwebt gegen ihn jetzt die Voruntersuchung in Lüneburg, da er immer wieder beteuerte, den Mord nicht begangen zu haben und unschuldig verurteilt worden zu sein. Nach seinen Angaben sind ihm seine Gegenstände vor den argentinischen Polizeibehörden erstreckt worden. Man habe ihn schwer mißhandelt und würde gemacht. Das in spanischer Sprache (!) abgefaßte Protokoll habe er gar nicht verstanden. Zudem beichtigt er den Matrosen Wilhelm Koch, der gleichzeitig mit ihm in Argentinien war, der Tat an dem Trödler. Koch ist ausfindig gemacht worden und auf Antrag der Rechtsanwältin Dr. Grzymel, Dr. Hirschberg (Magdeburg) und Dr. Frey (Berlin) als Zeuge geladen worden. Die Verhandlung hat auch deswegen großes Interesse zu erwarten, weil das erstmal ein Fall zur Aburteilung steht, wegen dessen bereits eine Verurteilung erfolgt ist. Das deutsche Strafgesetzbuch läßt viele Möglichkeiten zu, wenn ein Deutscher im Ausland eine auch nach ausländischen Gesetzen strafbare Handlung begangen hat, eine Verurteilung erfolgt ist, aber die Strafe noch nicht ganz vollzogen ist. Auch die Wiederaufstellung der Methoden der Herbeiführung eines Gegenstandes in Argentinien, der Revolte auf dem Transportschiff nach den Feuerlandsinseln und schließlich die Rekonstruktion eines vor 10 Jahren in Buenos Aires begangenen Mordes selbst haben Interesse.



An der Londoner Börse hat der Silberpreis jetzt die niedrigste Notierung erreicht, die je in der Geschichte des Silbers zu verzeichnen war. Dieser geradezu katastrophale Sturz der Silberpreise hat in den Ländern mit Silberwährung, wie zum Beispiel China, Indien und Persien, die schwere Wirtschaftskrise verschärft. Unsere Tabelle gewährt einen Ueberblick über die Bewegung des Silberpreises in den letzten 16 Jahren. Die Skala links gibt den Preis in Pence je Unze (31 Gramm) am Londoner Geldmarkt an.

Breslau

Genosse Brodde verhaftet

Heute morgen 8,30 Uhr wurde der Genosse Brodde von Kriminalbeamten aus seiner Wohnung heraus verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt. Die Verhaftung soll mit einer heute gegen den Genossen Brodde stattfindenden Verhandlung zusammenhängen, in der unser Genosse des „Widerstandes gegen die Staatsgewalt“ angeklagt ist. Die vollkommen ungerechtfertigte Verhaftung stellt einen unerhörten Willkürakt dar, gegen den wir aufs Schärfste protestieren.

Selbst die Obdachlosen werden geschöpft

Vom Magistrat wird den Insassen der städtischen Obdachloshelme in der Langen Gasse ein Schreiben zugestellt, in dem es u. a. heißt: „Wir müssen daher vom 1. April 1930 ab eine Erhöhung für die Unterbringung in den städtischen Uebergangshelmen zu zahlenden Gebühren einleiten lassen. Wir haben die neuen Gebühren für die Räume des Wasserkloshauses Lange Gasse 53 auf 20 Mark je Raum und Monat festgelegt. Trotz dieser Erhöhung werden die Kosten des Betriebes der städtischen Uebergangshelme bei weitem nicht voll gedeckt. Wir machen darauf besonders aufmerksam. Die von uns festgesetzten Gebühren stellen daher die Mindestbeträge dar, die wir unbedingt fordern müssen.“

Die Auspöckerungsaktion des Magistrats macht also selbst vor den Vermögern der Armen — den Obdachlosen, die zum ganz überwältigenden Teile außerdem schon lange erwerbslos sind — nicht halt. Man muß sich vorstellen, was es heißt, wenn bei den Hungerpennigen, die diese Menschen als „Unterstützung“ beziehen, die Miete mit einem Schlage um 100 Prozent heraufgesetzt wird. Die Obdachlosen müssen diese Zumutung — genau wie es die städtischen Stadler getan haben — ablehnen; sie müssen sich weigern, den Mehrbetrag zu bezahlen. Der Magistrat muß merken, daß seine Willkür nicht mehr widerstandslos hingenommen wird.

Verkehrsunfallstatistik im Januar

Im Januar 1930 ereigneten sich im Stadtbezirk Breslau 188 Verkehrsunfälle, eine sehr hohe Zahl, wenn man berücksichtigt, daß etwa über 50 Prozent aller in Breslau befindlichen Kraftfahrzeuge während des Winters vorübergehend außer Betrieb gesetzt sind. Bei diesen Verkehrsunfällen waren 345 Verkehrsteilnehmer beteiligt, in der größten Anzahl Personenkraftwagen, Radfahrer und Fußgänger. Getötet wurden 3 Personen, verletzt 94 Personen. Bei allen übrigen Unfällen war Sachschaden entstanden.

Die Ursache der Unglücksfälle war bei den Fahrern meist auf zu schnelles Fahren, vorzeitiges Bremsen, Außermitteln des Verkehrsrechtes, Ueberholen an Wiegung und Kreuzung zurückzuführen, während bei den Fußgängern meist die Unachtsamkeit beim Ueberqueren der Fahrbahn den Unfall verursachte. Wegen grob fahrlässigen Verkehrs gegen die Verkehrsbestimmungen wurde durch den Polizeipräsidenten 9 Personen der Führerschein entzogen und wurden 20 Kraftfahrer legitimiert verwarnt unter Androhung der Entziehung des Führerscheines. Wegen Uebertretung der Verkehrsbestimmungen sind 490 Strafverfügungen ergangen, und weitere 60 Strafverfahren gleicher Art sind der Amtsverwaltung zur Beurteilung zugeleitet worden. 18 Angeklagte wurden verurteilt.

„Das erwachende Dorf“

Nummer 2 wird morgen gedruckt werden. Alle Ortsgruppen, die es noch nicht gemacht haben, müssen sofort Beschlüsse an die Adresse August Reiman, Breslau 16, Möwenweg 23, machen und einen Betriebsam Sonntag und den darauf folgenden Tagen organisieren.

„Wohlfahrt!“

Ein Arbeiter, der schon längere Zeit arbeitslos ist, schrieb nach Geburt seines dritten Kindes ein Gesuch an das „Wohlfahrtsamt“ um Zuteilung einiger Sachen, vor allem um eine Schlafmöglichkeit für das Neugeborene, da der Arbeiter, seine Frau, ein zehnjähriger Junge und ein achtmähriges Mädchen zusammen in zwei Bettstellen schlafen. Ein Ermittler, der die Verhältnisse prüfen kam, betonte, daß hier geholfen werden muß, da auch das „sittliche Empfinden“ der Kinder darunter leide, wenn die Familie dauernd zusammenschlafe. Nach vier Wochen kam ein Schreiben des Wohlfahrtsamtes, daß sich der Arbeiter auf der Niedergasse einfinden sollte, um seine bewilligten Sachen abzuholen. Mit einem Handwagen ausgerüstet, fand sich der Arbeiter dort ein, in der Meinung, nun zumindest eine Bettstelle zu bekommen. Wie groß war sein Erschrecken, als er nur einen Bezug Ziehen bekam. Ziehen, nachdem der Ermittler festgestellt, daß das sittliche Empfinden der Kinder durch das Zusammenschlafen gefährdet sei. Wahrscheinlich dachte sich der „gute Vater“ vom Wohl-

Ein Gespräch mit Turin

Nach Schluß der Sonntag-Matinee im Gewerkschaftshaus nahmen wir die Gelegenheit zu einem Gespräch mit Turin, dem „Turksib“-Regisseur, wahr. Wir begannen mit der Vorlegung einiger Fragen, die hier in Breslau besprochen wurden. Da war z. B. vor einiger Zeit an den Vereinigten Theatern gastweise ein Regisseur, der in Moskau gewesen sein wollte. Er erzählte u. a., daß drüben eine „große Misbilligung“ gegen das politische Theater, gegen den politischen Film bestehe. Turin lachte: „Im Gegenteil“, meinte er. „Meyerhold hat z. B. noch nie einen solch riesigen Erfolg gehabt, wie mit seinem letzten Stück, das vollkommen politisch ist.“

Interessant war auch Turins Meinung über die seinerzeit im Lobe-Theater aufgeführten „Tage der Geschwister Turbin“. Dieses Stück wird in Russland als durchaus reaktionäres Werk betrachtet, da in ihm die weißgardistischen Offiziere idealisiert werden. Turins Uebersetzer, ein jetzt in Wien lebender russischer Intellektueller, ergänzte dieses Urteil, in dem er sagte: „Ich habe vieles mitgemacht, aber solche anständigen weißgardistischen Offiziere habe ich nie gesehen.“ Trotzdem wurden die „Tage der Geschwister Turbin“ zwei Jahre lang in Moskau gespielt. „So engberzig sind wir nicht“, sagte Turin. „Erstens ist das Werk künstlerisch etwas wert — Meyerhold hatte es sorgfältig herausgebracht — und außerdem sind die russischen Arbeiter so geschult, selbst beurteilen zu können, was unwahr, also schlecht in einem Theaterstück ist.“

Auf unsere Frage nach der Beurteilung der einzelnen russischen Großfilme in der Sowjetunion selbst, meinte Turin, daß man da verschiedene Stadien unterscheiden müsse. Der „Potemkin“ habe von den Revolutions- und Aufstandsfilmen unzweifelhaft den größten Eindruck gemacht. Jetzt sei eine neue Richtung des Sowjetfilms in den Vordergrund getreten: der Kulturfilm. Er schildert den

Schulmädchen unter eigenartigen Umständen verschwunden

Breslau, 12. Februar.

Selt dem 10. Februar d. J. wird die Schülerin Gertrud Schübert, geboren am 3. Juni 1917 zu Breslau, zuletzt bei den Eltern, Dietzenstraße 20, wohnhaft, vermißt. Beschreibung: etwa 1,25 Meter groß, dunkelblonder Wubentopf, schlank, blonde Gesichtsfarbe, graue Augen, kleine Nase, vollständige Zähne. Operationsnarbe an der oberen Brustseite. Bekleidung: graue Kappe, brauner Mantel mit Gürtel, blauer Faltrock, rote Bluse, weicher Unterrock, rosa Schläpfer, graue Strümpfe, schwarze Ueberschuhe.

Die Vermißte ist im Verhältnis zu ihrem Alter stark entwickelt. In ihrer Erzählung in der Schule spielt ein „Onkel Kari“ eine Rolle, der jedoch in der Verwandtschaft nicht vorhanden ist. Vielleicht handelt es sich hier um einen Mann, der als Freund oder als Onkel der Kleinen irgendwo bekannt geworden ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Vermißte in Begleitung dieses Unbekannten befindet und Breslau verlassen hat, zumal sie ihren Mitschülerinnen gegenüber geäußert hat, sie würde in nächster Zeit eine Reise nach Berlin machen. Wer über den Aufenthalt der Vermißten oder einen „Onkel Kari“ irgendwelche Angaben machen kann, wird gebeten, sich

im Zimmer 426 des Polizeipräsidiums Breslau, Eichhornstraße, zu melden.

Zu dem Verschwinden des Mädchens wird noch mitgeteilt: Am Montag früh ging das Mädchen um 7 1/2 Uhr angeblich zur Schule. Dort ist sie aber nicht gesehen. Wie die Ermittlungen ergeben haben, ging sie mit ihrer Büchermappe zu einem Vorlesegeschäft, Dietzenstraße 18, und ließ sich fünf Mark mit der Ausrede, daß der Vater Geld brauche. Dann begab sie sich in ein Geschäft Dietzenstraße 18, wo sie sich ebenfalls fünf Mark leihen wollte. Da die Kassiererin aber nur einen Zeugnismarkchein hatte, wechselte das Mädchen den Geschäftsbereich, während der Abwesenheit des Kindes fiel es der Kassiererin auf, daß in der Mappe ein großes Paket sich befand, so daß die Mappe nicht geschlossen werden konnte. Dieses Paket hat das Mädchen nicht von den Eltern erhalten. Auch trug das Kind in diesem Geschäft nicht mehr ihre Kappe, mit der es in dem ersten Laden noch gesehen worden war. Nachdem das Kind in dem zweiten Geschäft ebenfalls fünf Mark erhalten hatte, ging es fort. Seit dieser Zeit, also seit kurz vor 8 Uhr, fehlt jede Spur. In den zehn Minuten zwischen den Verlassen der ersten Wohnung und dem Verlassen des zweiten Geschäftes muß das Mädchen mit irgend jemandem zusammengetroffen sein, der ihr das Paket übergeben hat.

Putzsch der Kommunisten?

Der Aktionsplan der Kommunistischen Partei

Darüber spricht der Landtagsabgeordnete Jean Winterich-Köln, am Freitag, dem 14. Februar, in den „Zentral-Ballsälen“, Westendstraße 50-52, in einer öffentlichen Versammlung. / Arbeiter, Angestellte, erscheint in Massen!

fahrtsamt, daß der Arbeiter nun die Ziegen als Vorhang verwenden wird, um männlich und weiblich züchtlich zu trennen. Wer o Schred, der Arbeiter stellte fest, daß die Ziegen auch diesen Zweck nicht erfüllen, denn sie waren durch Löcher wie ein Sieb. Was nun? Das „sittliche Empfinden“ ist immer noch gefährdet, das neugeborene Kind liegt nun bei den vier anderen. Die Verhältnisse haben sich um nichts gebessert, sondern verschlechtert. Das Wohlfahrtsamt aber ist gefahrlos. Es hat „geholfen“!!

Die Feuerwehr im Januar. Im Monat Januar ist die Feuerwehr 73 mal ausgerückt, und zwar zu 2 Großfeuern, 7 Mittelfeuern, 30 Kleinfedern, 1 Explosion, 10 mal zu böswilligem Miasm, zu 3 Wasserschäden und 14 anderweitigen Hilfeleistungen. Die Krankentransporte sind in der Stadt zu Unfällen 126 mal, zur Krankentransportierung 77 mal, nach außerhalb 3 mal ausgerückt. In diesen 203 Fahrten sind zusammen 6757 Kilometer zurückgelegt worden. Die Unfallsachen sind 186 mal in Anspruch genommen worden.

Diebstähle. In der Reuschestraße wurde dieser Tage ein Fahrrad Marke „Cyprius“, Halbfrenner, Nr. 359 016, gestohlen. — Aus dem unversicherten Schulhause Wilhelmsträßer Ufer wurde ein grüner Radschlossschlüssel, Kragen und Manschetten mit Silberlanin befestigt, entwendet. Wert des Mantels 40 Mark.

Verkehrsunfall. Auf der Wfenner Straße ereignete sich ein Zusammenstoß zweier Autos, bei dem der Fahrer des einen, Wilhelm L., Karl-Marg-Strasse wohnhaft, verletzt wurde.

Spielplatzverteilung im Stadion. Schriftliche Anträge um Ueberlassung eines Spielfeldes oder einer Kampfbahn in der Sommerzeit 1930 (1. April bis 30. September) sind bis spätestens 10. März an die Stadionsverwaltung zu richten mit genauer Angabe der gewünschten Tage und der Tageszeiten.

Stimmt das? Der Erwerbslose Paul M. sendet uns eine längere Zuschrift mit dem Ersuchen, ihr Raum zu geben. Wir veröffentlichen aus ihr einige Stellen mit auffälligeren Beschuldigungen, deren sofortige Nachprüfung uns dringend geboten erscheint. In der Zuschrift heißt es: Mit welcher Rücksichtslosigkeit das Wohlfahrtsamt vorgeht, beweist folgender Fall: Als ich mich im Juni d. J. mit meiner Frau, die hochschwanger war, mittellos meldete, wurde ich glatt abgelehnt. Auf meine Botschwerde hin überließ man mich einfach dem Schicksal. Ich war nun gezwungen, meine Kleidung sowie Einrichtungsgegenstände zu verkaufen, um meinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Zwei Monate später, als meine eigenen Mittel zur Neige gingen, war ich gezwungen, wieder auf das Wohlfahrtsamt zu gehen. Da man mir wiederum jegliche Hilfe versagte, und ich immer um Notstandsarbeit ersuchte und den Beamten auf die Paragraphen aufmerksam machte, hatte ich es mir mit dem Wohlfahrtsamt verschert. Später versuchte man meine Frau, die mit dem Wohlfahrtsamt noch nie etwas zu tun hatte, und mit der ich sehr gut zusammenlebe, von mir zu trennen, um so eine Handhabe gegen mich zu

haben. Meine Frau verstand das alles zuerst nicht. Als man ihr mit den Worten sagte: „Stellen Sie doch einen Antrag, daß Ihr Mann für Sie nicht sorgen will!“ wurde meine Frau stumm und fragte, warum sie dies tun sollte. Darauf erklärte ihr Herr Stadtschreiber Hiller, mit dem ich einen Vertrag hatte: „Es handelt sich bloß um Ihren Mann, für Ihr Kind und Sie soll gesorgt werden!“ Dieser knaue Fall von direkter Eheverletzung wird noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

„Nach 10 Jahren aus der Wohnung gesetzt“. Zu unserem Artikel schreibt uns der Gemann der Frau W.: Ich bitte, in der „Wohlfahrt“ folgendes zu berücksichtigen: Bis zum Oktober 1928 wohnte ich bei meiner Ehefrau. Ich lebte bis dahin mit meiner Frau in Streithofen; daher zog ich es vor, am 1. Oktober meine Familie zu verlassen. Ich kündigte bei der Hauswirtin Frau Kottulinsky am 8. September 1928 und sagte ihr, daß ich allein am 1. Oktober die Wohnung verlasse, worauf sie mir kurz zur Antwort gab: „Es ist gut.“ Solange ich bei meiner Ehefrau wohnte, hatte sie stets die Miete zum Hauswirt getragen und ich von rückständiger Miete gar keine Ahnung hatte und ich daher die Schuld von meiner Seite aus ganz energisch zurückweisen muß. Beim Termin erklärte ich nur dem Herrn Kottulinsky, daß ich rechtmäßig der Fr. K. gekündigt hatte und auch war mir vor rückständiger Miete nichts bekannt. Als Herr K. dadurch von mir nichts erlangen konnte, verlangte er Ermittlung der Frau W. durch das Gericht. Ich lehnte keinen Vergleich und habe auch nicht gesagt, daß ich die Wohnung wärme mit meiner Familie räumen, denn ich hatte alles Recht durch diese Kündigung abgegeben.

Fr. 1920. Vollversammlung Freitag, 19 Uhr Jugend, 20 Uhr Sportlerinnen, 20,30 Uhr Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die neue Serie und ihre Einteilung. Sämtliche Pässe sind zweiseitig Beitragsregelung mitzubringen. Jersays sind vorzulegen.

Silesia-Niederz 1910. Der Vorstand setzt sich zusammen aus den Sportgenossen S. Krotter, Wochpender, Wendepfah 18; Kurtz Grotzke, Kaffierer, Dietzenstraße 7; Herbert Wormb, Sportwart, Grotzkestraße 2; Alfred Rath, Turnwart, Ohlauer Stadigraben 28; Erich Jabel, Jugendobmann, Neumarkt 39. Anfahrlisten an den 1. Vorstehenden.

Mittelschlesien

Dhlan. Kindesmord? In Klein-Jenkow hatte vor vierzehn Tagen ein lediges Mädchen ein Kind geboren, das tot zur Welt gekommen sein soll. Trotzdem erhielt sie das Kind einige Tage in der Wohnung, um es schließlich durch ihren Bräutigam in der Scheune begraben zu lassen. Die Landjäger ließ die Kindesleiche ausgraben.

Verantwortlich für Oberschlesien: Erich Kendra, Glatz; für Niederschlesien und Betsagen Betrieb und Gemeindefahrt: Eitelbert Biewald, Breslau; für Politik und den gesamten Abgaben Inhalt: Rudolf Krauß, Breslau.

sozialistischen Aufbau. Man habe „Turksib“ den „Potemkin der Kulturfilme“ genannt; er habe in Russland großen Erfolg gehabt, sagte Turin ohne „Schämig-Tun“ hinzu, denn er betrachtet den Film ja nicht als „sein“ ureigenstes Werk, sondern als Kollektivleistung aller am Film Beteiligten.

Im übrigen spricht Turin mit Begeisterung von den Arbeiten seiner Kollegen. Mit viel Temperament berichtet er über Ermier und dessen neuen Film „Der Mann, der sein Gedächtnis verlor“. Er nennt die Idee — ein Mann, der im Kriege durch Kopfschuß sein Gedächtnis verlor, kommt nach zehn Jahren unter vollkommen veränderten politischen Verhältnissen wieder zum Bewußtsein — außerordentlich glücklich und ihre Ausarbeitung sehr gut gelungen.

Unterdessen war es Zeit geworden, daß sich Turin zur Rückreise fertig machte. Es wird in den nächsten Tagen in Paris, London und Amsterdam Vorträge halten, und will, wenn er es in seine Zeitdisposition hineinbringen kann, in den nächsten Wochen noch einmal nach Breslau kommen, um hier bei der „Ja“ ausführlicher über den russischen Film zu sprechen.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele. Colin Ross, ein Berichterstatter einer großen Tageszeitung in Deutschland, hatte seine Frau und seinen 2 Jahre 8 Monate alten Sohn genommen und war zu einer Expedition nach Kapsbad-Kairo aufgebrochen. Er zog mit Frau und Kind durch Kairo und Wilids, berührte die verschiedensten Völkerschaften, jagte in dem exotischen Tierreich Afrika und drehte gleichzeitig von seiner Expedition einen Film „Als Dreijähriger durch Afrika“. Der zweite Film heißt „Lockendes Gift“, in dem der westeuropäischen Filmindustrie hergestell. In seinem ablichten Lebensaufbau zeigt dieser Filmstreifen das Leben und Treiben internationaler Drogenhändler. Geld, Luxus, Ausstattung ist vorhanden. Aus „Liebe zum Vaterlande“ wird verdient. Aus „Liebe zum Vaterlande“

amüsiert man sich. Die Vorstellungen sind wie immer Donnerstag und Freitag und aus den Inseraten zu ersehen.

Böhlige Umwälzung im Sechstagerrennen. Die vergangene Nacht brachte im Sechstagerrennen eine vollkommene Uenderung des Standes. Die Spitzenreiter Goebel-Kieger stiegen weit zurück. Mittwoch 4 Uhr früh wurde folgender Stand bekanntgegeben: 1. van Kempen-Buisen 204 Punkte. 2. Gortler-Duray 114 Punkte. 4. Perri-Broschel 101 Punkte. Zwei Kunden zurück: 5. Rausch-Hürtgen 98 Punkte. Vier Kunden zurück: 6. Kieger-Goebel 160 Punkte. 7. Preuß-Riesiger 157 Punkte. 8. Gaudet-Louet 106 Punkte. 9. Gooßens-Deneef 74 Punkte. 10. Knappé-van Reusele 61 Punkte. Sechs Kunden zurück: 11. Manthey-Schdu 119 Punkte.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Lockendes Gift

Ein Film von Liebe, Geld und Schiebung

Als Dreijähriger durch Afrika von Kapsbad nach Kairo mit Colin Ross

Eintrittspreise: Erwerbslose bis 8,30 Uhr 20 Pfennige, mit Ausweis 50 Pfennige, ohne Ausweis 70 Pfennige.

Waldenburger Bergland Ein fetter Happen für die SPD.

Kommissarische Besetzung des Oberbürgermeisterpostens — Die Zeche sollen die Werktätigen bezahlen

Die Pressestelle des Magistrats gibt bekannt:

„Da bei der Ueberlastung des Oberverwaltungsgerichts voraussichtlich noch mit einer längeren Dauer der endgültigen Erledigung des gegen den Oberbürgermeister Dr. Wiesner schwebenden Disziplinarverfahrens zu rechnen ist, ist die Frage aufgetaucht, ob es nicht im Interesse der Stadt liegt, die Stelle des Oberbürgermeisters durch einen Regierungskommissar zu besetzen. Der Herr Regierungspräsident hat aus diesem Grunde gestern mit dem Magistrat und den Führern der Stadtverordnetenfraktion Fühlung genommen.“

Hinter dieser wichtigtuernden Mitteilung des Magistrats steht der sozialdemokratische Innenminister Orzeszinski. Am Donnerstag wurden auf Veranlassung des Regierungspräsidenten Jaenike die Fraktionsvorsitzenden zusammengetrommelt, um mit ihnen die kommissarische Besetzung der zurzeit „verwaisten“ Oberbürgermeisterstelle zu besprechen. Aus der Aussprache ging hervor, daß zwischen den Regierungsstellen und der SPD.

die Vorbesprechungen schon aller Details einschließlich der Personenfrage erörtert worden sind.

Vom Regierungspräsidenten Jaenike wurden im Einvernehmen mit Orzeszinski bzw. in dessen Auftrag als geeignete Kandidaten auf diesen Posten der Landtagsabgeordnete und Stadtkämmerer von Matheson, Spillat, und der Bürgermeister Dr. Troeger von Weisbach vorgeschlagen. Regierungspräsident Jaenike hielt regelrechte Fraktionskämpfe ab, um die Meinungen der Interessenten einander näherzubringen. Zunächst nahm er die bürgerlichen Vertreter vor, die, da die präsentierten Kandidaten Sozialdemokraten sind, natürlich widerstreben. In der anderen Fraktionsführung hatte man die SPD, die SPD, und die Nazis zusammengespiert. Hier war die Sache klar. Die SPD ist, da es sich um eine Sache zu ihren Gunsten handelt, mit dem kommissarischen Oberbürgermeister einverstanden. Sie wollen auch den in Voranschlag gebrachten Landtagsabgeordneten Spillat akzeptieren, nur soll er sein Mandat niederlegen. Dr. Troeger ist ihnen „zu jung“. Interessant war, daß der Nazi direkt verlangte, daß ein „Staatskommissar nach Waldenburg komme.“ Als dann seine Auftraggeber — die Vertreter der Volkspartei und der DVP, erschienen, und ihre ablehrende Stellungnahme bekundeten, wurde dem Nazi ganz jämmerlich zumute. Er drehte und wandte sich wie ein Wurm, um mit seinen Auftraggebern in eine Front zu kommen.

Die kommunistische Fraktion lehnte die kommissarische Besetzung natürlich glatz ab.

Abgesehen davon, daß sich bei dieser Angelegenheit wieder die sogenannte Demokratie und Selbstverwaltung in ihrer ganzen Verlogenheit zeigt, sind auch sachlich keine Ursachen vorhanden, die es rechtfertigen würden, 20.000 bis 25.000 Mark jährlich hinauszumerfen. Der Regierungspräsident begründet die Besetzung der Stelle damit, daß Waldenburg einen „energieischen und umwichtigen“ Mann brauche, der die Finanzfragen regelt und die Eingemeindungsfrage zielbewußter betreibt. Daß das nur Scheinargumente sind, geht schon daraus hervor, daß der Stadtkämmerer Dierckxer feststellte:

Auf finanziellem Gebiete läßt sich nichts mehr machen, die Steuern sind aufs höchste angepannt, und sparen läßt sich auch nichts mehr, hier habe ich schon dafür gesorgt, daß auf drei bis vier Jahre der Hungerriemen enger geschnallt werden muß.

Ebenso wenig läßt sich in der Eingemeindungsfrage machen. Der einzige wahre Grund, der zur kommissarischen Besetzung der Oberbürgermeisterstelle führt, ist:

Die SPD hält diesen Weg für den sichersten, um den Oberbürgermeisterposten für sich zu schnappen.

Herr Orzeszinski hebt das ein und setzt von Staats wegen einen Sozialdemokraten ein. Die SPD hat einen fetten Posten mehr, und die werktätige Bevölkerung der Stadt Waldenburg kann die Zeche bezahlen. Dagegen müssen die Waldenburger Arbeiter ganz entsetzt leben ankämpfen.

Schallplatten-Bildungs-Abend

Der Genosse R-n, Weisstein, schreibt:

Der Verband für Freidentertum und Feuerbestattung veranstaltete am vorigen Freitag einen „Kultur- und Bildungs-Abend“ im Saale des „Deutschen Hauses“. Der Leiter der bekannter Breslauer Spielertuppe „Die Trommler“ hatte es übernommen, mit Schallplatten proletarischer Betriebskassen mittels Lautsprecher-Übertragung ein Konzert resp. Reden und Rezitationen zu Gehör

zu bringen. Einleitend erklärte er die Bedeutung dieser Produktion gegenüber dem bürgerlichen Musik und forderte mit Recht, daß Arbeiter — soweit sie im Besitz von Grammophon-Apparaten sind — mehr als bisher diesen wertvollen Platten, die bildnerisch und künstlerisch durchaus Gutes bieten, den Vorzug zu geben. Inhaltlich war das Programm in vier Teile zerlegt und sollte in dem ersten und zweiten Teile die Entwicklung der Arbeiterbewegung zum Ausdruck bringen: 1. Teil: „Menschenrechte“, 2. Teil: „Brüder, zur Sonne“; das „Rote Madrett“ als 3. Teil behandelte die Gegenwart; der 4. Teil war „Auf Wunsch“ gedacht, mußte jedoch in Anbetracht der vorgerückten Zeit stark gekürzt werden.

Ideologisch war das Programm inhaltlich als auch im Aufbau sehr gut gewählt. In der technischen Ausführung hatte A u f t entschieden Voch. Seine von den „Trommler“-Veranstaltungen aus be-

Görlitz

Erwerbslose, Notstandsarbeiter!

Freitag 16 Uhr: Öffentliche Erwerbslosen-Versammlung im Restaurant zur Altstadt, Nikolaigraben.

Tagessordnung: 1. Bericht vom Bezirkskongress der Gewerkschaftsopposition. 2. Stellungnahme zu den Forderungen der kommunistischen Stadtverordneten, mit denen sich die am Freitag stattfindende Stadtverordnetenversammlung beschäftigen wird.

Arbeiter, die nicht zu dieser Versammlung erscheinen, kürzen mit das Brot ihrer Klassengenossen.

Sagan

Saganer Allerlei

Die im Apollo-Saal abgehaltene Erwerbslosenversammlung war von ungefähr 300 Personen besucht. Genosse C e p p e r t sprach über „Hungerkatastrophe, Arbeitsbeschaffung und Kohlenlieferung“. Er brantwarte in scharfen Worten den von der Regierung eingeschlagenen Hungerkurs, der sich durch den Unterdrückungsraub — Erhöhung der Unrenten auf 52 Wochen, Verschlechterung der Karenzzeit, Sperrstrafen, verärgerte Bedürftigkeitsprüfung usw. — bemerkbar macht und somit weitere Massen dem Elend preisgibt. Die uns in Kürze bevorstehenden neuen Verschlechterungen, die Erhöhung der Mieten, das Attentat auf die Krankenkassen, Abbau der Invalideneinrichtung, Rentenbescheidung der Witwen und Waisen und der Kriegesbeschädigten werden noch breitere Schichten der werktätigen Bevölkerung eraffen. Nach diesen Ausführungen setzte eine rege Diskussion ein, in der die Kollegen L i j h und K a p o l das Wort ergriffen. Letzterer gab dem Sozialassistenten Z w i d die gewünschte Antwort, da derselbe nach Aussagen von Zeugen aus Buchwald dort selbst anlässlich einer Erwerbslosenversammlung verfuhrte Stimmung zu machen gegen die Bescheidung des Oppositionskongresses. Z w i d war selbst in der Versammlung anwesend, fand jedoch nicht den Mut zum Sprechen und wurde somit an den Pranger gestellt. Die Erwerbslosen wählten sich sodann zwei weitere Mitglieder in ihren Ausschuss. Kollege O s k a r S c h u l z sprach ebenfalls in der Diskussion zur Kohlenlieferung und wollte zum Ausdruck bringen, daß man am besten die kommunistischen Anträge erst durch Einzelanträge an das Wohlfahrtsamt unterstützen könne. Die Genossen K a p o l und C e p p e r t widersprachen dem und stellten fest, daß der Magistrat im gegebenen Falle hier und da aus bestimmten Gründen eingreifen würde, um Verwirrung zu stiften und um die Masse der Erwerbslosen am einheitlichen Kampf zu hindern.

Unsere Sonnabend-Nummer mit dem zweiten Artikel über das Verhalten der Frau Bürger von der Dorstheimstraße hat wiederum wie eine Bombe eingeschlagen. Noch am Montagabend wurde über all nach der Zeitung gefragt. Wir rufen die Saganer Erwerbslosen auf, nicht nur gelegentliche, sondern ständige Leser der „Arbeiter-Zeitung“ zu werden. Bestellungen nehmen unsere Korrespondente und die Funktionäre der proletarischen Organisationen entgegen.

Am Sonnabend veranstaltete die hiesige Arbeiterwehr ihr Stiftungsfest, verbunden mit einer Gedenkfeier. Genosse K a p o l hielt die Ansprache. Der Sorauer Musik- und Bildungsverein wirkte bei der Durchführung der Veranstaltung mit, die bei sehr gutem Besuch ein voller Erfolg war.

kannte Methode, das Programm nicht über 2-2½ Stunden auszu dehnen, wäre auch hier angebracht gewesen, vielleicht sogar noch mehr wie dort; denn selbst die zurzeit besten Aufnahmen, verbunden mit bester Wiedergabe können beim gegenwärtigen Stande der Technik das aus direkter Quelle Gehörte noch in keiner Weise 100prozentig ersetzen, da zumindestens die Klanggeräusche der Platte immer noch „wunderbar“ mit zur Geltung kommen. Ich halte es für notwendig, diese Dinge einmal etwas ausführlicher zu erörtern; besonders deshalb, weil auch mir dieser Weg zur Klärung, Schülung und Bildung der breiten Proletariatschichten als gangbar und notwendig erscheint; aber mehr fürs kleine Dorf als für die Kleinstadt, wo bessere Veranstellungen mit guten Künstlern an finanziellen Schwierigkeiten scheitern. Die Darstellungen selbst zu besprechen, dürfte wohl noch in einem weiteren Artikel einem Genossen von anderemwo Gelegenheit geboten werden, damit Wiederholungen vermieden werden. Vorgesehen sind zunächst noch Gottesberg und Nieder-Pernsdorf. So viel sei jedoch schon heute gesagt, daß es sich gerade für unsere Genossen lohnt, recht zahlreich die Veranstaltungen zu besuchen; denn Namen wie Herwegh, Erich Weinert, Kurt Tucholsky usw. bürgen für Qualität und entscheidigen für kleine technische Mängel. Ein Teil unserer „Freunde“ von rechts zog es deshalb auch vor, vorzeitig zu verschwinden.

Wästegiersdorf. Freireligiöse Gemeinde. Donnerstag, den 13. Februar, um 20 Uhr, in der Aula der evangelischen Schule Blumenau, öffentlicher Vortrag. Thema: „Die Weltgeschichte.“

Niederschlesien

Liegnitz

Am Freitag 20 Uhr findet im „Restaurant zum Saag“ ein proletarischer Abend, veranstaltet von der proletarischen Musikvereinigung, statt. Das Programm besteht aus Theater und Musik. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Haynau

Aus der Freidenterbewegung. Die am Sonntag im „Volkshaus“ tagende Generalversammlung des Freidenterverbandes war sehr gut besucht. Die Neuwahl brachte die Wiederwahl des alten Vorstandes. Unter „Organisatorisches“ wurde beschlossen, in den nächsten Monaten zwei Bildungsabende durchzuführen. Unter „Verschiedenes“ sprach der Genosse D e n t r u c h in längeren Ausführungen über die schändliche Haltung der Verbandsleitung um Siebert. Er verlangte einen ernsthaften kulturpolitischen Kampf des Verbandes gegen die schwarze Reaktion und brachte eine diesbezügliche Resolution ein, die den Ausschluß der konföderationsfeindlichen Abgeordneten sowie die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen proletarischen Freidenter und einen energischen Kampf gegen jedes Konföderat und die Kirche verlangt. Dieser Antrag brachte die sozialdemokratische Fraktion auf den Plan. Ihr Redner H o h b e r g fühlte sich sogleich genötigt, in echt sozialdemokratischer Demagogie gegen die Ausführungen unseres Genossen loszuwettern. Er bekannte sich, und damit zugleich seine Fraktion zu dem kapitalistischen Staat in allen seinen Formen, verteidigte das Auftreten seiner Abgeordneten, „Genossen“ in der Frage der Konföderationsbestimmung mit der Phrase: „Das Konföderat mußte angenommen werden, sonst hätte die Kirchenbehörde ihre Kräfte aus den staatlichen Institutionen, wie Krankenhäuser, entfernt, und der Staat hätte auch noch die Kosten tragen müssen.“ Als solch ein staatsklügeliger Sozialdemokrat setzte er sich natürlich auch für die Erlangung der Körperlichkeitsrechte ein. Nachdem noch einmal der Genosse D e n t r u p und vier weitere Genossen der Opposition für die Resolution und der Vorliegende K e s l a dagegen gesprochen hatten, wurde die Resolution gegen eine starke Minderheit abgelehnt, was die Opposition mit dem sehr wahren Zuruf „Kirchensozialisten“ quittierte. Freidenterengenossen, die Versammlung hat euch gezeigt, daß der Geist Sieberts auch in den sogenannten kleinen Funktionären verankert ist. Schart euch noch mehr um die Opposition im Freidenterverband und macht aus diesem eine kulturpolitische Kampforganisation!

Aus dem Riesengebirge

Das Schmiedeberger Paulchen „spart“

Interessantes über den schon den Lesern bekannten „Boyer“-Paul. Dieser Mann fängt gründlich an zu rationalisieren, indem er nicht nur im Akkordsystem die Arbeiter ausbeutet, sondern dazu übergeht, das Heizungsmaterial, das für die Erwärmerung der Betriebsräume notwendig ist, zu kürzen. Er reduziert die Feuerung nun auf einen halben Zentner pro Tag, wodurch es unmöglich ist, die Räume warm zu halten. Vielleicht will Paulchen seine Arbeiter als Naturmenschen ausbilden. Wieder sind 50 Arbeiter entlassen worden. Hier erinnern wir Paulchen an die Zettel, die er vor dem Volksbegehren an seine Arbeiter verteilte, auf denen zu lesen stand: „Arbeiter, denkt an eure Kinder und Kindeskinde!“ Jawohl, Arbeiter, denkt daran! Reißt diesen Heuchlern die Maske vom Gesicht, indem ihr Mitglied der SPD werdet. Sie nur allein vertritt entschlossen eure Interessen. Mit freundlichem Gruß, Paulchen, bis zum nächsten Mal. Deine treuen Mitarbeiter.

Die Görlitzer Kinos zeigen ab heute:

U. T.	Schauburg	Passage Lichtsp.	Capitol
<p>Noch immer ist</p> <h1>Atlantic</h1> <p>das Tagesgespräch von Görlitz!</p> <p>Begint tägl. 4, 6¹⁵, 8³⁰ Sonnt. 2⁰, 4²⁵, 6³⁰, 8³⁵</p>	<p>Nur 3 Tage Ein selten schönes und reichhaltiges Programm</p> <p>Japan empfängt den „Grafen Zeppelin“! Die neueste aktuelle Litz Wochenchau</p> <h2>Bruder Bernhard</h2> <p>Emelka-Gebirgssilm mit Vera Schmittlerow und Walter Grütters Ein Sensations-Erfolg!</p> <p>„Sein Herzensbeut“ mit Rudolph Schildkrant und Junior Coghan</p>	Reserviert!	Reserviert!

Blandleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Masken u. Theater-Kostüme
neu u. preisgekrönt, verleiht billigst
Größtes Spezialhaus
H. Wiersing, Breslau
Messergasse 50 — am Neumarkt
Tel. 215 44

H. Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstückstube
empfehlen
C. Leopold
Schweidnitz, Langstraße Nr. 8

Paul Nitsche
Breslau, Adolfstr. 14
H. Fleisch- und Wurstwaren

Wir liefern
Plakate
Briefbogen
Rechnungen
Programme
Einladungskarten
Flugblätter
Werke
Zeitungen
Zeitschriften
Rotationsdruck
Massenaufgaben
prompt und preiswert

PEUVAG
Papier-Erzugungs- und Verwertungs-Aktion-Gesellschaft
Berlin
Fil. Breslau
Trebnitzer Str. 58

Achtung Freidenter!

Am 1. März tritt folgende Veränderung in den Zahlstellen ein:
Die Zahlst. Wandowstr., Marcaretenstraße 17 wird aufgehoben; hierfür wird neu eröffnet die Zahlstelle Robert Hubert, Vorkosthandlung, Alexanderstraße 34. Ferner wird die Zahlst. Le Müllig, Promnitzstraße aufgehoben. Wir empfehlen hierfür die Zahlstelle Fiere, Wärentstraße 18 zu benützen. Für die Siedlung Röpelmig wird der Gen. Otto Schmiedte, 4. Oststr. 34 ptr. eine neue Zahlstelle übernehmen. Anstelle des Gen. L t m a, übernimmt der Gen. Gustav Fiebig, Siedlung Gräbchen-Gebornarten, Primmweg 10 die dortige Zahlstelle. Weitere neue Zahlstellen: Scheinwig, Robert Härtel, Fürstent. 32 Gth. III, Alexander Kofalla, Uferstraße 42 I. Bischofsmalbe-Neuland: Karl Vohla, Grimmstraße 15 ptr.

Wir bitten die revidierten Mitgliedsbücher bis 1. 8 bei der Zahlstelle abzugeben, wo sie abgegeben wurden. Noch nicht revidierte Bücher bitten wir zur Revision beim nächsten Kassierer gegen Quittung abzugeben.

Verband für Freidentertum und Feuerbestattung Ortsgruppe Breslau

Inserate in unserer Zeitung haben guten Erfolg!

Beschlüsse des Bezirkskongresses Schlesiens

Organisierung proletarischer Massenkämpfe

Resolution zur politischen und wirtschaftlichen Lage und zu den Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Verhärfung der kapitalistischen Krise

Seit dem 4. KONGRESS und auch in den wenigen Monaten nach dem 1. Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland haben sich die Krisenelemente im kapitalistischen System in schnellem Tempo vermehrt. Die Krise des Weltkapitalismus hat sich ungeheuer verschärft und hat auch den amerikanischen Kapitalismus in den Bannkreis des allgemeinen Niederganges hineingerissen. Während in der kapitalistischen Welt die ökonomischen und politischen Gegensätze immer stärker werden, und die Kapitalisten vergeblich versuchen, den Widerspruch zwischen der Leistung der kapitalistischen Produktionsapparates und den Anforderungen zu beseitigen, macht in der Sowjetunion unter dem Regime der proletarischen Diktatur die Wirtschaft eine stürmische Aufwärtswendigung durch.

Mit dem Wachsen der Schwierigkeiten im eigenen Lager steigern die Imperialisten ihre Bestrebungen zur Verschönerung der Sowjetunion in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft.

So ist der Young-Plan, den die imperialistischen Mächte abgeschlossen haben, nicht nur ein Plan zur verschärften Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen (besonders des deutschen Proletariats), sondern auch ein Plan der gesteigerten Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion.

Durch den Young-Plan wird der deutschen Bourgeoisie die Aufgabe gestellt, neben der Erhöhung der eigenen Profite im Auslande Morgans jährlich über 2 Milliarden Mark aus der deutschen Arbeiterschaft herauszupressen. Die Hermand-Müller-Regierung hat gerade zu dem Zeitpunkt das Young-Diktat angenommen, wo die wirtschaftliche Depression in Deutschland in eine offene Krise umgeschlagen ist.

Betriebsilllegungen, Massenentlassungen, Auzarbeit, Senkung der Löhne, radikaler Abbau der sozialen Ausgaben, Erhöhung der Massensteuern — das sind die Folgen der Wirtschaftskrise. Eine neue Nationalisierungswelle hat eingesetzt. Die kapitalistische Klasse versucht durch eine weitere Verschlechterung der Lebenshaltung der werktätigen Massen den Niedergang der Wirtschaft aufzuhalten.

Auch in Schlesien haben die ersten Maßnahmen der deutschen Bourgeoisie zur Durchführung des Young-Planes für die Arbeiterschaft bereits katastrophale Auswirkungen gehabt.

Die Bourgeoisie ist entschlossen, mit den brutalsten faschistischen Unterdrückungsmethoden die Durchführung des Young-Planes gegen den Widerstand der Arbeiterschaft zu sichern. Gleichzeitig macht der Radikalierungsprozess unter dem Proletariat große Fortschritte. Auf der Grundlage der gewaltigen Erstfütterung des kapitalistischen Systems entwickelt sich eine revolutionäre Situation, wie sie seit 1923 in Deutschland nicht mehr vorhanden war.

Rolle der sozialfaschistischen Gewerkschafts-Bürokratie

Bei der Durchführung des Young-Planes hat die bürgerliche Klasse in den sozialfaschistischen und der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie zuverlässige Verbündete. In Deutschland versuchen die Sozialfaschisten der Bourgeoisie den Nachweis zu erbringen, daß sie noch besser als die Nationalfaschisten die faschistischen Unterdrückungsmethoden gegen die Arbeiterklasse anzuwenden verstehen. Durch die Aufriktion eines blutigen Terror-Regimes wollen die Sozialfaschisten Sebering und Graesini den Widerstand der Arbeiterschaft gegen die neuen Ausplünderungen brechen. Während auf der einen Seite von den Sozialfaschisten alle Nachmittel des kapitalistischen Staates gegen die Arbeiterschaft eingesetzt werden, bemüht sich die Gewerkschaftsbürokratie, alle Aktionen der Belegschaften und Erwerbslosen zu verhindern und bei ausgebrochenen Kämpfen durch Organisierung des Streikbruchs die Niederlage der Arbeiter herbeizuführen.

Aufgaben der Arbeiterklasse

Die proletarischen Massen müssen sich entscheiden — entweder Unterwerfung unter die Hungerdiktatur der Trustbourgeoisie und ihrer sozialfaschistischen Handlanger — oder Kampf für die Beseitigung der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Unterwerfung unter die Young-Diktatur — das würde bedeuten, daß Millionen Erwerbslose verhungern müssen — daß die noch im Produktionsprozeß stehenden Proletarier durch das Hehempo in den rationalisierten Betrieben bei Hungerlöhnen frühzeitig zugrunde gerichtet werden, — das würde weiter bedeuten, daß die Kapitalisten ungehindert die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion durchführen können und die Arbeitermassen erneut für die Profitinteressen der Trustkapitäne und Finanzmagnaten auf die Schlachtfelder getrieben werden. Um diese grenzenlose Ausbeutung und Verelendung abzuwehren, muß die Arbeiterschaft

unerschrocken und entschlossen zur Gegenoffensive schreiten.

Der Kampf gegen die Ausplünderungspläne des Trustkapitals muß sich gleichzeitig gegen die sozialfaschistische Diktatur und die Kapitalisten des Staates und der reformistischen und christlichen Gewerkschaftsorganisationen durchbrechen werden. Die sozialfaschistischen Organisations des Streikbruchs und der Niederlage müssen von ihren Positionen in den Betrieben und Gewerkschaftsverbänden verschwinden. Auf breiterster Massenbasis, in den Betrieben und auf den Stempelstellen müssen die Organe des proletarischen Klassenkampfes geschaffen werden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat die Aufgabe, die Arbeitermassen zum Kampfe zu mobilisieren, eine einheitliche Kampffront der Belegschaften und Erwerbslosen organisieren und besonders die proletarischen Frauen und Jugendlichen und die Unorganisierten in die Klassenfront des gesamten Proletariats einbeziehen.

In der gegenwärtigen Situation steht vor der Arbeiterschaft die Aufgabe, die Teilkämpfe zu steigern zum politischen Massenkampf, und zu einer revolutionären Offensive für die Beseitigung des Young-Planes und die Errichtung der proletarischen Diktatur.

Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß proletarische Massenkämpfe einleiten zum Kampf

gegen die kapitalistische Nationalisierung, gegen die sozialfaschistische Diktatur, gegen den Young-Plan;

für die Erhöhung der Löhne, für den Siebenkündentag und die Vierzigstundenswoche, für die Sechskundensicht unter Tage, für die Forderung der proletarischen Frauen: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit; für die Forderungen der proletarischen Jugend: Lohnerhöhung, Sechskundentag, Verlegung des Berufsschulunterrichts in die Arbeitszeit, vierwöchigen bezahlten Urlaub; für das Koalitions- und Streikrecht; für die Erweiterung der Rechte der Arbeiter und der Betriebsräte in den Betrieben; für ein einheitliches soziales Versorgungswesen mit ausreichenden Unterhaltungen auf Kosten der Unternehmer! Arbeit und Brot für die Erwerbslosen! Für die Aufriktion der proletarischen Diktatur und Verteidigung der Sowjetunion.

Die nächsten Aufgaben der Opposition

Zusammenfassung und Organisierung der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Die Zusammenfassung und Organisierung erfolgt auf der Basis der Betriebs- und Stempelstellen entsprechend der Struktur der Industrie und der Gewerkschaften im Bezirk. Alle Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen sofort registriert werden. Das Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition — gewählt vom Bezirkskongress — stellt sich die Aufgabe, besondere Industriegruppenleistungen zu schaffen. In allen Orten müssen örtliche Komitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition gebildet werden, die auch die Arbeit unter den Erwerbslosen durchführen. Für die Erwerbslosenarbeit bestehen in den örtlichen und bezirklichen Komitees besondere Abteilungen.

Finanzierung der Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Die Aufbringung der notwendigen finanziellen Mittel geschieht durch den systematischen Vertrieb der Marken, die vom Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition herausgegeben werden. Alle Betriebsarbeiter, die sich zur revolutionären Opposition bekennen, sollen pro Monat mindestens eine Marke zum Preise von zwanzig

Pfennig kaufen. Frauen, Jugendliche und Erwerbslose mindestens eine Marke zum Preise von zehn Pfennig.

Der Vertrieb der Marken beginnt am 10. Februar. An diesem Tage endet dann der Vertrieb aller anderen Marken. Von den 20-Pfennig-Marken sind 14 Pfennig, von den 10-Pfennig-Marken sieben Pfennig, von den beiliegenden Komitees an das Bezirkskomitee abzugeben, das seinerseits einen entsprechenden Prozentsatz der Markteinnahme an das Bezirkskomitee abgibt.

Die oppositionellen Betriebsleitungen und die Erwerbslosenausschüsse rechnen an das örtliche Komitee ab.

Einbeziehung der unorganisierten Frauen und Jugendlichen

In die revolutionären Kampfleitungen, Betriebsräte und Leitungen der Gewerkschaftsopposition werden die Unorganisierten, Frauen und Jugendlichen aktiv einbezogen.

Revolutionäre Betriebs-Vertrauensleute-Körper

Zur Festigung und Erweiterung des Einflusses der revolutionären Gewerkschaftsopposition in den Betrieben werden revolutionäre Betriebs-Vertrauensleutekörper geschaffen.

Organisierung des Selbstschutzes

Gegen Betriebsfaschismus und sozialfaschistischen Terror müssen die Belegschaften antifaschistische Selbstschutzbogantaktionen bilden.

Ausbau und Verbreitung der revolutionären Gewerkschaftspressen

Die Massenverbreitung und Bekanntheit händiger Abonnement ist eine wichtige Aufgabe. „Schlegel und Eisen“, „Das Eisenbahner Echo“, „Der Arbeitslose“, „Das erwachende Dorf“ und die noch zu schaffenden Oppositionsorgane für den Bezirk müssen ein starkes Bindeglied zwischen der Gewerkschaftsopposition und den breiten Arbeitermassen sein.

Die revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaftsorganisationen muß verstärkt werden. Kein Zurückweichen vor der Bürokratie! Mobilisierung der Arbeitermassen zum Kampf gegen die reformistischen Spalter und die Ausschüsse revolutionärer Kollegen. Werbung von neuen Mitgliedern für die Gewerkschaften zur Stärkung der revolutionären Opposition.

Verstärkte Mobilisierung der Erwerbslosen

Die neuen Betriebsilllegungen und Massenentlassungen stellen immer dringender die Aufgabe, Massen der Erwerbslosen zu mobilisieren. Es sind gemeinsame Aktionen der Belegschaften und Erwerbslosen einzuleiten. Die Erwerbslosenausschüsse gelten als besondere Abteilungen der örtlichen Komitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition.

Durchführung Roter Betriebsrätewahlen

Die Wahlen zu den Betriebsräten sind für die Arbeiterklasse wichtiger, als die Wahlen zu den Parlamenten. Die Betriebsrätewahlen im Jahre 1930 müssen ein Zeichen des verschärften Kampfes gegen die sozialfaschistischen Unternehmerlakaien sein. In jedem Betrieb muß in einer Belegschaftsversammlung ein revolutionärer Ausschuss zur Vorbereitung der Betriebsrätewahl gebildet werden. Vor der Gesamtbelegschaft ist das Kampfprogramm der roten Betriebsräte und der Gewerkschaftsopposition zur Grundlage eines scharfen Kampfes gegen alle unternehmerfreundlichen Elemente zu machen. Nur die erprobtesten und zuverlässigsten Kollegen, die sich zum revolutionären Kampfprogramm bekennen, sind als Kandidaten aufzustellen. Unter keinen Umständen dürfen sich die revolutionären Betriebsarbeiter durch die Gewerkschaftsbürokraten dadurch abfinden lassen,

daß oppositionelle Kollegen in die Vorschlagslisten der Wahlen aufgenommen werden. Kein Ruhmhandel um Betriebsratsposten. Die Wahl roter Betriebsräte muß das Ergebnis der Mobilisierung der Belegschaften gegen Gewerkschaftsbürokraten und Unternehmer sein.

Mit aller Kraft zur Verwirklichung der Beschlüsse

Die Beschlüsse des Bezirkskongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Schlesien müssen fäh und entschlossen in die Tat umgesetzt werden. Durchführung der Beschlüsse, das heißt: Einleitung und Durchführung breiter proletarischer Massenkämpfe in Schlesien.

Die nächsten Aufgaben des Bezirkskomitees

- Das neugewählte Bezirks-Komitee der Gewerkschaftsopposition wird beauftragt:
1. Konkrete Richtlinien für die Organisierung der Gewerkschaftsopposition herauszugeben.
 2. Entwürfe für Kampfprogramme zu den Betriebsrätewahlen herzustellen.
 3. Richtlinien für die Eingliederung der Erwerbslosen in die allgemeine Oppositionsbewegung herauszugeben.
 4. Entsprechend der Lage in den einzelnen Industriegruppen konkrete Kampfprogramme auszuarbeiten.
 5. Schnellstens Industriegruppen-Tagungen durchzuführen und arbeitsfähige Industriegruppen-Leitungen zu schaffen.

Die Ziele des Wettbewerbes

Aus der Resolution zum 5. Weltkongress der Roten Gewerkschafts-Internationale

Der Bezirkskongress Schlesiens der revolutionären Gewerkschaftsopposition unterstreicht noch einmal die große Bedeutung der Beschlüsse des 4. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale.

Die revolutionäre Arbeiterschaft Schlesiens sieht mit großem Interesse der Tagung des Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale anlässlich ihres zehnjährigen Bestehens im Juli d. J. entgegen. Der Kongress verpflichtet das Bezirkskomitee und alle Delegierten, eine systematische gute Vorbereitung des 5. KONGRESS-Kongresses, eine tiefgehende Massenpropaganda durchzuführen. Das Bezirkskomitee wird verpflichtet, im Juni eine größere Konferenz zu organisieren, auf der die Befähigung der Delegierten zum KONGRESS-Kongress erfolgt, nachdem sie vorher in den Betrieben oder Gewerkschaften zur Wahl gestellt sind.

Der Bezirkskongress begrüßt ganz besonders den Abschluß des internationalen Wettbewerbes zwischen dem WGEPE (Zentralrat der russischen Gewerkschaften) und dem Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition. Der Bezirk Schlesien wird alle Kräfte anspannen, um sein Teil am internationalen Wettbewerbe zu erreichen und legt sich im Rahmen desselben folgende konkrete Ziele:

1. Steigerung des Vertriebs von „Schlegel und Eisen“

des Organs der revolutionären Bergarbeiter, bis Ende März um 25 Prozent pro Nummer.

Der Bezirk Oberschlesien wird herausgefordert, das gleiche Ziel bis Ende März zu erreichen.

2. Steigerung des Vertriebs des „Arbeitslosen“ bis zum 1. April auf 6000 Exemplare.

Der Bezirk Oberschlesien wird herausgefordert, den Vertrieb bis zum 1. April auf 3000 Stück Exemplare zu steigern.

3. Den Vertrieb des „Eisenbahner Echo“, des Organs der revolutionären Eisenbahner, bis zum 1. Mai auf 4000 Exemplare zu steigern.

4. Steigerung des Vertriebs der revolutionären Zeitung für die Landbevölkerung, „Das erwachende Dorf“, bis zum 1. Mai auf 5000 Stück pro Exemplar.

Der Bezirk Oberschlesien wird herausgefordert, den Vertrieb bis zum 1. Mai auf 2000 Stück pro Nummer zu steigern.

5. Bedeutendste Schaffung von neuen Organen der revolutionären Gewerkschaftsopposition für die Textil-, Stein- und Bauindustrie.

Schweidnitz

Kurz-, Weiß- und Wolllwaren Handarbeiten, Manufaktur Modewaren und Herren-Artikel

Georg Frauboes Ring 24 und Dreslauer Str. 2

Lose der Preuss. Klassenlotterie und sämtlicher Privat-Lotterien ständig vorrätig bei

E. Täuber, Staatliche Lotterie-Einnahme Telephon 882 Bögenstrasse 6 Telephon 882

Kauft Schuhe bei Gross Ring 10

Breslauer Konfektionshaus Ring 11

F. Sewald empfiehlt sämtl. Molkerprodukte Wilhelmspl. 7, Ring 8 u. 11

Autohaus Max Seller Automobile, Motor- u. Fahrräder Langstraße 46 Gartenstraße 18

W. G. Gieseler, Reif. u. Gummi-Spezialist, Sauerstr. 11

E. Gollmann Nachf., Spezialhaus für Eisenarbeiten, Glas, Porzellan, Hotel- und Restaurant-Ring Nr. 27

Karl Brauner, Langstraße 45 Nähmaschinen, Fahrräder, Reparaturwerkst.

D. Franke's Nachf., Kolonialw., Vogelfutter, Langstr. 11 Spez. Sigaretten, Sigaretten, Köpplerstr. 14

Mag. Dertel, Büttnerstraße 7 Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Hirschberg

W. K. Ringe Dem., Wäsch., Kinder- u. Mädchen-Schneider Strasse 16a

Lebensmittel aller Art Erich Gessner Hauptplatz Str. 14

Bergmeisters Fleisch- und Wurstwaren Fabrik seiner Fleisch- und Wurstwaren

Schuhmacherei A. Heyduk Sand 14

Carlus Hornig, Großbäckerei, Drahtgasse 1/2

Blumenhaus Grün Poststraße 6

Albert Ludwig, Markt 60 Weiß-, Wollwaren, Strümpfe, Tabakwaren, Tabakpfeifen

sämtliche Lebensmittel H. Henkel Sand 19

Felix Hartwig, Dreißiger Strasse Nr. 42 Polsterer mit elektrischem Betrieb, Stuhlbespannung, großer Lager, Reparaturwerkstatt

Herrn- und Damen-Salon Heinze, Lichte Bergstraße 17

Buchdruckerei E. Hausdorff, Langstraße 2

Möbel-Linke Schmiedeberg-Str. 22

Erich Seibt, Bahnhofstraße 65, Inh. D. Jaedel, Uhrmacher

Martin Bandmann, Verlosungsgegenstände, Spielwaren / Geschenkart., Bekannt billige Preise, Behnhofstr. 29

Berliner Partiewarenhaus, Girschberg i. Hgh.

MIFA, Fahrräder, Nähmaschinen, Sprachapparate, Teufelchen, Sand 4

Mag. Schreidt, Schildauer Strasse 13, Des. bekannt gute Haus für Herren- und Knaben-Bekleidung

Herrn- und Knaben-Bekleidung E. Ordians, Hellerstraße 17

Vogel- und Futter-Handlung Böhme, Tuchlaube 3, Eingang Hausflur.

Herren- und Junglingskonfektion, Bekleidungs- u. Schuhwaren, Sauerstr. 22

Strümpfe Königsberger Wäsche

Carlus Hornig, Großbäckerei, Drahtgasse 1/2

Kaufhaus Pinoff

G. Schatz, Wilmannsberg Platz, Schuhwaren-Lager - Reparaturwerkst.

Bade dich gesund im Hedwigsbad, Ankerstraße 4 B

Carlus Hornig, Großbäckerei, Drahtgasse 1/2

Sofagen und poliert repariert Gustav Püschel, Uhrmachermeister, Markt 7

Carlus Hornig, Großbäckerei, Drahtgasse 1/2

Simon Sachs Leder, Markt Burgstraße 21

Nieder-Salzbrunn, Central-Druckerei, Sauerstr. 22

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, H. Palm, Hochstraße 27

Rudolf Hensch, Hochstraße 25, Lederwaren / Lederauschnitte, Schuhmacherbedarfartikel

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

Haase, Kipke-Biere, Biergroßhandlung, Mineralwasser, Arthur Pförner, Blumenstraße 4

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Paul Binder, Waldenburger Str. 6

W. Lindmann, Grabenstraße 1, Motorräder, Fahrräder, Strammstoff, Lager von circa 800 Markenträgern

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

Landeshut

Abolf. Nabe, Waldenburger Straße 4, Bäcker / Konditorei / Café

Paul Meiß, Markt 8/10, Konditorei, Backwaren, Speisekammer

H. W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

Eugen Reiser, Kornstraße 6, Sigaretten / Sigaretten

Gustav Haase, Wilhelmstraße 13, Damen- und Herren-Bekleidung

Erhard Albrecht, Kornstraße 6, Kolonialwaren

Kaufhaus G. K. Ringe, Sauerstr. 11

K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

Carl Thielmann, Waldenburger Straße 38/39, Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

G. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11

W. K. Ringe, Wollwaren, Sauerstr. 11